

Horst Lademacher/Renate Loos/Simon Groenveld (Hrsg.), *Ablehnung – Duldung – Anerkennung. Toleranz in den Niederlanden und in Deutschland. Ein historischer und aktueller Vergleich* (Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas, Bd. 9), Waxmann, Münster etc. 2004, 802 S., geb., 68,00 €.

Kaum ein Begriff macht die Verschiedenheit der historisch-politischen Erfahrungsräume zwischen den Niederlanden und Deutschland so transparent wie der Begriff ›Toleranz‹. Während Toleranz in der niederländischen Geschichte eine pragmatische, wenig theoretisch durchformte Grundhaltung regierender Patrizieroligarchien im Koexistenzmanagement von Konfessionen, Provinzen und Ständen war, gehört der Begriff in der deutschen Neuzeitgeschichte in das gedankliche Repertoire paritätischer Konfliktregulierung der konfessionellen Spaltung im Alten Reich sowie der territorialstaatlichen fürstlichen Staatsräson und des bürgerlich-intellektuellen Emanzipationsstrebens. Mit der permissiven niederländischen Gegenwartsgesellschaft und den modernen Integrationskrisen in Deutschland und in den Niederlanden haben diese Verständnishorizonte nichts gemein. Kompliziert wird die niederländisch-deutsche Kommunikation über Toleranz durch eine bei Deutschen nicht seltene ›völkerpsychologische‹ Neigung, tolerantes Verhalten zu einem epochenübergreifenden nationalen Alleinstellungsmerkmal der Niederländer zu erklären. Diese wiederum neigen dazu, in den einmaligen Menschheitsverbrechen des NS-Regimes den Ausdruck prinzipieller deutscher Unfähigkeit zur Gestaltung einer toleranten Zivilgesellschaft zu sehen. Insofern bestand großer Bedarf an einer gründlichen Klärung, die nicht bei der freundlichen oder kritischen Würdigung von Selbst- und Fremdbild verhaftet bleibt, sondern den niederländischen und den deutschen Geschichtsraum vergleichend in den Blick nimmt. Sie liegt nun vor. Auf 800 Seiten wird der monumentale Sammelband mit dem programmatischen Obertitel ›Ablehnung – Duldung – Anerkennung‹ dem methodisch und inhaltlich anspruchsvollen Maßstab des historischen Vergleichs gerecht und liefert ein eindrucksvolles Beispiel für angewandte sozial- und mentalitätsgeschichtliche Kulturforschung zum Leitthema ›Toleranz‹.

In seiner Einleitung begründet Mitherausgeber Horst Lademacher den Verzicht auf einen makrotheoretischen Rahmen für den Vergleich des Toleranzverständnisses in den Niederlanden und in Deutschland pragmatisch: Ziel des Großprojekts sei kein Beitrag zur Theoriebildung des allgemeinen Toleranzbegriffs gewesen, sondern zur kontextbetonten Sichtbarmachung epochen- und länderspezifischer Eigenheiten der Funktion von Toleranz in deutlich voneinander verschiedenen Nachbargesellschaften. Das ist kein Plädoyer für einen kulturalistisch bemäntelten Neohistorismus, sondern drückt eine Grunderfahrung transnationaler Geschichtsbetrachtung aus. Jeder Vergleich hat die präzise Kenntnis von Differenz und ihre historische Einordnung zur Voraussetzung, auf deren Grundlage dann Gemeinsamkeiten analysiert werden können. Theoretische Großkonzepte mit ihren jeweiligen Sprachspielen und -moden sowie vor allem ihrer eingebauten Neigung zur *self-fulfilling prophecy* behindern eher den Erwerb von differenzierungsfähigem Einfühlungsvermögen. Das schließt nicht aus, dass die historische Länderkunde, so wie es dieser Sammelband auch praktiziert, in methodischer Hinsicht gegenüber den Nachbardisziplinen der Sozial- und Kulturwissenschaften besonders aufgeschlossen sein muss. Anders gesagt: In aller Regel ist unser Wissen um die Eigenarten der Geschichte selbst eines unmittelbaren europäischen Nachbarlandes wie der Niederlande so gering, dass eine wesentliche Leistung bereits darin liegt, die Sensibilität gegenüber Parallelproblemen und -strukturen in einer ›fremden‹ *narratio* noch weit unterhalb des historischen Vergleichs zu erhöhen.

Lademachers Werben für eine transnational aufgeklärte Historiografie wird in vier Abschnitten empirisch konkretisiert, die angesichts der beeindruckenden Zahl von 35 Autorinnen und Autoren hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden können. Die allgemeinen Überlegungen zum Toleranzproblem umschließen K. Peter Fritzsches aktuelle Begriffs-

klärung ›Toleranz in Zeiten des Terrors‹. Kees Schuyt präsentiert soziologische Perspektiven zur ›Toleranz unter Druck‹. Wolf Dieter Otto resümiert das politologische Forschungsfeld ›Toleranz und politische Kultur in Deutschland nach 1945‹ im Überblick, K. Schuyt die parallele niederländische Diskussion zu ›Toleranz und Demokratie‹. Der zweite Abschnitt enthält Fallbeispiele aus dem konfessionellen Zeitalter u. a. von Harm Kluiting, Horst Lademacher und Willem Th. M. Frijhoff. Von theologie- bis zu sozial- und kolonialgeschichtlichen Fragen wird der Formierungsepoche des modernen Toleranzverständnisses multiperspektivische Aufmerksamkeit zuteil. Der dritte Abschnitt stellt niederländische und deutsche Sonderwege der Toleranzpraxis in der Epoche der europäischen Aufklärung vor. Unter anderem thematisiert Jan Schillings ›Toleranz und die Gelehrtenrepublik zwischen 1675 und 1750‹, Klaus L. Berghahn ›Aufklärung und Judentum‹ im Zeitalter der Toleranz. Der vierte Abschnitt berichtet über soziopolitische Kontexte der Toleranz in der Modernisierung. Hier referiert Wilhelm Damberg zur Katholikenemanzipation in Deutschland und den Niederlanden, Horst Lademacher über die Repression der Arbeiterbewegung in beiden Ländern. Karin Hofmeester bilanziert Strukturen und Artikulationsformen des Antisemitismus in den Niederlanden im 19. und 20. Jahrhundert; Lothar Mertens die Geschichte des Antisemitismus im Deutschen Reich. Hein Hoebink beleuchtet Antikommunismus in den Nachkriegsniederlanden und in der Bundesrepublik während des Kalten Krieges. Ingo Firley und Claus Leggewie untersuchen das multikulturelle Modell und seine Relevanz für beide Gesellschaften.

Tatsächlich liegt mit diesem Sammelband ein Handbuch zur Toleranz sowie der vergleichenden niederländisch-deutschen Geschichte der Neuzeit vor, dessen empirische Dichte und interpretatorisches Niveau nur den Wunsch offen lassen, inspirierend und stilbildend für möglichst viele weitere transnationale Studien dieser Art zu wirken. Sicherlich schafft das Nachdenken über die historischen Grundlagen der Toleranz ihre Feinde nicht aus der Welt. Hier hilft allein eine optimistische Dialektik weiter. Insofern kann man Kees Schuyt zustimmen, der von Toleranz als einer »unvollkommenen Tugend in einer unvollkommenen Gesellschaft« spricht (S. 13) und zugleich darauf hinweist, dass es allein Toleranz ist, die moderne, komplexe Gesellschaften mit allen ihren Widersprüchen überlebensfähig macht. Dafür bieten die niederländische und die deutsche Geschichte der Neuzeit Beispiele und Modelle.

*Rolf-Ulrich Kunze, Karlsruhe*

Hartmut Kaelble/Günther Schmid (Hrsg.), *Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Staat* (WZB-Jahrbuch 2004), edition sigma, Berlin 2004, 456 S., geb., 27,90 €.

Die anhaltende Dynamik des europäischen Einigungsprozesses hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Europäische Union nicht nur zum Thema politischer Kontroversen, sondern immer häufiger auch zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung avanciert. Mit wachsender Kritik an den geplanten Erweiterungs- und Vertiefungsperspektiven wird im öffentlichen Meinungsbild zunehmend die Frage nach der sozialen Dimension der Europäischen Union aufgeworfen. Galten das dänische »Nein« zum Maastrichter Vertrag und die Ablehnung des Vertrags von Nizza durch die Iren noch als »Betriebsunfälle« im europäischen Konstitutionalisierungsprozess, signalisieren die Abstimmungsniederlagen bei den Referenden über den Verfassungsvertrag in den Gründerstaaten Frankreich und Niederlande ein vor allem »sozialpolitisches Defizit«.<sup>1</sup> Eine mittlerweile weit verbreitete

<sup>1</sup> Vgl. zum wiederholt aufgegriffenen – und in gezielter Anlehnung an das sogenannte demokratische Defizit eingeführten – Begriff u. a. *Josef Schmid*, Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale

Skepsis gegenüber der Europäischen Union manifestiert sich insbesondere in den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger vor einem Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften und der Forderung nach einer Sicherung sozialer Standards. Die Debatten um die Lissabon-Strategie und die Dienstleistungsrichtlinie stellen dabei nur die prominentesten Beispiele hinsichtlich der Bedenken über Schattenseiten von Binnenmarkt und Freizügigkeit dar. Befürchtet wird ein zunehmendes »Lohn- und Sozialdumping« seitens der neuen EU-Mitgliedstaaten, das zur Aushöhlung von Sozialstandards führt und so Wohlstand und Arbeitsplätze in den hoch regulierten Ländern Westeuropas gefährdet.

Das »Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung« (WZB) betreibt einmal mehr Forschung am Puls der Zeit, wenn es mit Blick auf diese Befürchtungen in seinem Jahrbuch 2004 der Frage nach einem europäischen Sozialmodell nachgeht. Das gemeinsam von dem Berliner Sozialhistoriker Hartmut Kaelble und dem ebenfalls in Berlin lehrenden Ökonomen Günther Schmid herausgegebene Jahrbuch vereint insgesamt vierzehn Beiträge unterschiedlichster Wissenschaftsdisziplinen, darunter die Geschichts- und Sozialwissenschaft ebenso wie die Wirtschafts- und Rechtswissenschaft. Allen Einzeluntersuchungen liegt die Leitfrage zugrunde, ob die europäische Integration zu einer Annäherung der sozialstaatlichen Strukturen in Europa führen oder ob Europa eine Gemengelage unterschiedlicher sozialstaatlicher Modelle bleiben wird. Bereits in der Formulierung des Jahrbuchtitels – der bewusst auf ein Fragezeichen verzichtet – kommt die Kernthese prägnant zum Ausdruck. Entgegen der bisher vorherrschenden Forschungsposition einer nationalen bzw. kulturellen Pfadabhängigkeit der Sozialmodelle, der zufolge die Mitgliedstaaten der Europäischen Union weder in sozialstaatlicher Hinsicht zu einem bestimmten Modelltypus verschmolzen sind noch sich erkennbare Harmonisierungstendenzen abzeichnen, verfolgt das WZB-Jahrbuch den Weg Europas zum transnationalen Sozialstaat. Nach Kaelble und Schmid wird dieser Weg durch die Herausbildung *eines* europäischen Sozialmodells markiert, dessen Kennzeichen seine »Einheit in Vielfalt« ist. Unter den einzelnen europäischen Nationalstaaten sind, so die beiden Herausgeber in ihrer Einleitung, zwar bisher kaum einheitliche Reaktionsmuster hinsichtlich der Herausforderungen der europäischen Ebene auszumachen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union stellen jedoch in zunehmendem Maße ihre »Lernbereitschaft« unter Beweis, indem sie die Erfahrungen des sozialstaatlichen Wettbewerbs nutzen und verarbeiten. Am Ende dieser Entwicklung zeichnet sich eine »neue Form transnationalen Regierens« ab, die von Kaelble und Schmid angesichts ihres experimentellen Charakters als »experimental governance« bezeichnet wird. Diese – von den Herausgebern leider nicht weiter vertieften Überlegungen – bilden gleichermaßen den Ausgangs- und Fluchtpunkt der Publikation, die sich thematisch in vier Untersuchungsfelder gliedert.

Der erste, historisch orientierte Abschnitt des Sammelbandes beleuchtet die sozialstaatliche Genese der europäischen Nationalstaaten. In bewusster Abgrenzung zur viel zitierten Typologie des dänischen Sozialwissenschaftlers Gøsta Esping-Andersen<sup>2</sup>, der drei Modelle kollektiver Sicherungs- und Vorsorgesysteme skizziert hat und dabei relativ schematisch zwischen einem liberalen, einem konservativen und einem sozialdemokratischen Sozialstaatsmodell unterschieden hat, betonen die Autoren des Sammelbandes differenziertere Entwicklungspfade. An umfangreiche quellengestützte Vorarbeiten anknüpfend folgert Hartmut Kaelble, dass der europäische Sozialstaat durch vier Entwicklungsphasen geprägt wurde, deren Ursprünge weit in die europäische Geschichte zurückreichen. Bereits seit dem 16. Jahrhundert hat sich in Europa eine Tradition frühneuzeitlicher Armenpolitik durch die Kommunen herausgebildet, die ihre Fortsetzung in den staatlichen Arbeitnehmersicherungen im Rahmen der bismarckschen Sozialgesetzgebung gefunden hat. Der

---

Sicherung in Europa. Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, Opladen 2002, S. 62.

2 Vgl. Gøsta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge 1990.

moderne Wohlfahrtsstaat hat seinen Durchbruch in den 1940er Jahren erfahren, während ab den 1970er Jahren eine Zeitphase der Wohlfahrtsstaatskritik und Reformen ausgemacht werden kann. Hartmut Kaelble sieht in den außerordentlich langen Traditionslinien sowie in der Abnahme von europäischen Unterschieden seit den 1960er Jahren wesentliche Fundamente für die Entwicklung in Richtung eines gemeinsamen Sozialmodells. Verstärkt wurde diese Annäherung zudem durch die zunehmende transnationale Kommunikation im europäischen Raum. Ergänzt werden diese Befunde durch die Analyse des Trierer Historikers Lutz Raphael, der sich mit der Hochphase des Sozialstaats im Zeitraum zwischen 1948 und 1973 beschäftigt. Raphael belegt in seinem Beitrag, dass die gesellschaftlichen Werte und Leitvorstellungen der Nachkriegszeit in erheblichem Maße die Ausgestaltung der europäischen Sozialstaaten geprägt haben. Als wichtigen Katalysator eines europäischen Sozialmodells hebt er jene solidaristische sozialstaatliche Programmatik der west- und südeuropäischen Länder hervor, die zugleich auch die Trennlinie zu den Staaten Osteuropas markiert. Als Kontrast zur nationalstaatlichen Perspektive skizziert der Münchner Rechtswissenschaftler Bernd Schulte die wichtigsten sozialpolitischen Entwicklungslinien auf europäischer Ebene. Schulte hebt hervor, dass die Sozialpolitik bisher nicht den gleichen Grad an Vergemeinschaftung wie andere Politikbereiche des Binnenmarkts der Europäischen Union erreicht hat. Zurückzuführen ist dies vor allem darauf, dass die Steuerungsinstrumente in den relevanten Feldern der Fiskal-, der Beschäftigungs-, der Bildungs- und insbesondere der Sozialpolitik in den Händen der einzelnen Mitgliedstaaten blieben oder in gemischter Zuständigkeit ausgeübt wurden. Eine originär gemeinsame Sozialpolitik wurde nur dann betrieben, wenn es darum ging, den unlauteren Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten auf Kosten der Arbeitnehmer zu verhindern. Erst mit dem Maastrichter Vertrag wurde durch Instrumente wie den »Sozialen Dialog« – der ein strukturiertes Verfahren für die Anhörung der Sozialpartner bei Vorschlägen zu Rechtsakten im Bereich der Sozialpolitik vorsieht – eine stärker europäisch akzentuierte Sozialpolitik entwickelt, die eine zunehmend engere Kooperation der EU-Mitgliedstaaten zur Folge hat.

An die hier ausführlicher dargestellten Beiträge zur historischen Entwicklung schließt sich ein Vergleich in internationaler Perspektive an. Béla Tomka, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Szeged in Ungarn, stellt der sozialstaatlichen Entwicklung in Westeuropa seit dem Ersten Weltkrieg diejenige in Osteuropa gegenüber. Am Beispiel der Sozialversicherungssysteme veranschaulicht er, dass die ostmitteleuropäischen Länder sich erst mit dem Kommunismus vom westeuropäischen Sozialstaatsmodell entfernten, sich bereits ab 1980 diesem aber wieder annäherten und auch in der Gegenwart deutliche Konvergenztendenzen zu beobachten sind. Der in Mexiko lehrende Soziologe Ilán Bizberg zeigt den Transfer des deutschen Sozialmodells auf Argentinien, Brasilien und Chile, während Mexiko – unter dem Einfluss der International Labour Organization und des Beveridge-Berichts – stärker einem liberalen bzw. einem Mischmodell folgte. Mit den wirtschaftlichen und politischen Transitionerscheinungen der 1980er Jahre verlor das westeuropäische Vorbild jedoch für Lateinamerika an Bedeutung. Yoko Tanaka, Professor für Sozialwissenschaft im japanischen Tsukuba, macht in einem weiteren Vergleich auf den beträchtlichen Einfluss des europäischen Sozialmodells in Japan aufmerksam, belegt aber auch, dass der Grad an Eigenverantwortung und sozialer Nachbarschaftshilfe hier weit stärker als in Europa ausgeprägt ist. Den Blick auf Australien richtet der in Sydney forschende Soziologe John Buchanan, der ebenfalls einen eigenständigen (sozial-liberalen) Typus als relevantes Sozialmodell ausmacht. Buchanan betont den europäischen Einfluss auf Australien in den 1980er Jahren, weist jedoch darauf hin, dass dieser, ähnlich wie in Lateinamerika, mittlerweile deutlich zurückgegangen ist. Den Abschluss des internationalen Vergleichs bildet eine von dem Mannheimer Soziologen Markus Gangl unternommene Gegenüberstellung der USA und Europas, die verdeutlicht, dass die Einkommensverteilung in den Vereinigten Staaten deutlicher als in Europa

gespreizt ist. Gangl betont aber auch, dass bereits in den EU-15-Staaten die Einkommensunterschiede heterogener verteilt sind als in manchen amerikanischen Bundesstaaten.

Im Rahmen des dritten Themenfeldes analysiert der Sammelband die auf europäischer Ebene entwickelten sozialpolitischen Aktivitäten in transnationaler Perspektive. Thomas Gerlinger und Hans-Jürgen Urban beleuchten hierzu die offene Methode der Koordinierung, die im Kontext der Initiativen zur EU-Beschäftigungsstrategie eingeführt wurde und durch Zielvereinbarungen, qualitative wie quantitative Messindikatoren, Berichtspflichten und weitere Instrumente eine gemeinsame Behandlung ähnlicher Problemen durch die Nationalstaaten – ohne vertragsrechtlich fixierte Vergemeinschaftung – erlaubt. Günther Schmid und Silke Kull analysieren am Beispiel der Beschäftigungspolitik ebenfalls die Funktionsweise der offenen Methode der Koordinierung und bewerten diese als tragfähiges Instrument, das insbesondere Lernprozessen Vorschub leistet. Kristine Kern und Hildegard Theobald, beide am Wissenschaftszentrum Berlin tätig, zeigen exemplarisch an der Rentenversicherung und der Altenbetreuung, dass in beiden Politikbereichen eine deutliche Konvergenz auszumachen ist, die sowohl Ländergruppen umfasst als auch einen allgemeinen Trend zur EU-weiten Harmonisierung dokumentiert.

In einem vierten Themenblock wird abschließend die Bedeutung von Werten, Traditionen und institutionellen Arrangements für die Perspektiven des europäischen Sozialmodells erörtert. Die Turiner Familiensoziologin Chiara Saraceno illustriert, dass Europa mit anhaltend niedrigen Geburtenraten zwar auch eine Form der Konvergenz aufweist, die Institution der Familie jedoch nach wie vor von nationalstaatlichen kulturellen Traditionen geprägt wird. In einem weiteren Beitrag lotet Günther Schmid theoretische Grundlagen des europäischen Sozialmodells aus. Da ideengeschichtliche Ansätze wie John Rawls Gerechtigkeitstheorie aber keinen hinreichenden Beitrag zur Unterscheidung zwischen individueller und kollektiver Verantwortung bzw. Befähigung zur Verantwortung leisten, plädiert Schmid für eine Erweiterung des Ansatzes, der die stärker staatlich geprägte solidarische Sicherung – im Sinne eines »Risikomanagements« neu auftretender Einkommens- und Beschäftigungsrisiken – durch flexiblere individuelle Sicherungssysteme ergänzt. Abschließend zeigt der in Nantes lehrende Rechtswissenschaftler Alain Suptot am Beispiel der Kategorien »Arbeit« und »Arbeitnehmer« die Persistenz nationaler Denk- und Strukturtraditionen, indem er – entgegen der Grundthese des Bandes – folgert, dass unterschiedliche nationale Strukturen weiterhin Bestand haben.

Mit diesen hier knapp skizzierten Befunden ist lediglich der Kern der Erträge des WZB-Jahrbuchs umrissen. Unterhalb dieser Makroebene entfaltet der Sammelband in seinen einzelnen, durchweg anregenden und auf hohem Niveau geführten Forschungsbeiträgen ein ausgesprochen dichtes Panorama an Detailergebnissen und differenzierten Thesen, die sowohl der Sozial- als auch der Integrationsforschung wichtige Impulse und Anknüpfungspunkte bieten. Für Diskussionen über das europäische Sozialmodell stellt der Sammelband einen zentralen Eckpfeiler dar – nicht zuletzt in methodischer Hinsicht.

Zu monieren bleibt jedoch eine entscheidende Lücke. So überzeugend der Band die Annäherungs- und Konvergenzprozesse der europäischen Nationalstaaten in vor allem sozialpolitischer Hinsicht diskutiert, so wenig konkretisiert er das europäische Sozialmodell. Lediglich Definitionsfacetten sind der Einleitung der Herausgeber und den einzelnen Beiträgen zu entnehmen. So rekurren Kaelble und Schmid auf die »universelle und starke öffentliche soziale Sicherung« in Europa wie gleichermaßen auf die »hohe Kostenbelastung« und die »generöse soziale Absicherung der Arbeitslosen«. Zugleich betonen die Herausgeber die Spannweite zwischen einer alle gesellschaftlichen Bereiche einbeziehenden Definition und der ausschließlichen Fokussierung auf die wohlfahrtstaatliche Perspektive. Auf eine ausdrückliche Definition des europäischen Sozialmodells wird jedoch verzichtet. Während einige Autoren die Verbindung von konservativem und sozialdemokratischem Typus als Besonderheit eines europäischen Sozialmodells hervorheben,

diskutieren andere die Europäisierung der Sozialpolitik als charakteristisches Merkmal. Gemeinsamer Nenner dieser unterschiedlichen Definitionsansätze ist die Beobachtung, dass die Marktprozesse stets von staatlichen und sozialpartnerschaftlichen Institutionen flankiert werden. In welchem Maße dies aber der Fall ist, welche politisch-institutionellen Strukturen hierfür das notwendige Fundament liefern und in welchem Verhältnis diskursiv-normative Orientierungen und arbeits- und sozialpolitische Regulierung zueinander stehen, – diese Fragen bedürfen weiterer Erörterungen und markieren so die Aufgaben künftiger Forschung über das europäische Sozialmodell.

Jürgen Mittag, Bochum

Boris Michel (Hrsg.), Stadt und Gouvernamentalität, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2005, 154 S., kart., 14,90 €.

Das Thema Stadt hat professionelle Beobachter wie Forscher immer wieder positiv oder negativ beschäftigt. Zwischen Großstadtkritik und »Stadtluft macht frei« schwankend, ging und geht es fast immer um die Gestaltung der Stadt. In der Gegenwart vollziehen sich nun unter dem Einfluss der vielbeschwoeren Globalisierung wie auch vieler sozialstruktureller Veränderungen gravierende Wandlungen in der Gestaltung von städtischer Politik, von Stadtplanung und Agglomerationsräumen. Mit dem Anwachsen von Armut und der Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse werden in den Städten neue Formen des sozialen und räumlichen Ausschlusses bis hin zu repressivem Vorgehen mit strikter räumlicher Kontrolle praktiziert.

Boris Michel vertritt in seinem Buch die These von einer neuen Art urbanen Regierens, die einerseits durch eine repressive Ordnungs- und eine disziplinierende Sozialpolitik sowie andererseits durch eine kommunitaristische Hoffnung auf das Aktivieren homogener kleiner Gemeinschaften geprägt ist. Mit dem Mittel der an Michel Foucault orientierten *gouvernementality studies* und regulationstheoretischen Vorstellungen des Übergangs zu postfordistischen Regimen analysiert er neue Formen der räumlichen Kontrolle und der kommunalen Umstrukturierungen. Dabei zeigt sich auch ein neuer politischer und planerischer Umgang mit sozialen Strukturen und Prozessen in den Städten, deren Heterogenität zunehmend als Bedrohung und Gefährdung von Sicherheit und Ordnung begriffen wird. Michel sieht dabei die Entwicklung neuer Formen des Regierens und eine Rekonfiguration sozialer Verhältnisse in nunmehr postmodernen Städten exemplarisch in den neuen *shopping malls*, den *gated communities* und einer zunehmend repressiven Sicherheits- und Sozialpolitik, verbunden mit der publikumswirksamen »Null-Toleranz« gegenüber abweichendem Verhalten. Viele dieser Wahrnehmungen sind am Beispiel amerikanischer Städte gewonnen; wahrscheinlich nicht zu Unrecht wird angenommen, dass sich – nach bereits feststellbaren Anfängen – in europäischen Städten ähnliche Veränderungen zeigen könnten. Der Autor zeigt auch, dass manche amerikanische Vorgehensweise in europäische Diskurse über Stadtentwicklung eingegangen ist, hier exemplarisch ausgeführt am *new urbanism* und am (konservativen) Kommunitarismus, die ihre Wirksamkeit vor dem Hintergrund des verbreiteten Neoliberalismus und zunehmender Entstaatlichung entfalten. Darstellung und Analyse der Diskurse über neue kommunale Regierungsformen bleiben in der Überblicksdarstellung von Boris Michel notwendig abstrakt. Ausgesprochen schwierig ist dabei eine ausreichende Differenzierung zwischen verschiedenen Argumentationssträngen »linker« und »rechter« Diskussionen über urbanes Zusammenleben, Stadtplanung und die Zukunft der Städte. Konkrete Fallstudien müssten dem anregenden Buch in jedem Falle folgen, wobei es schwerfallen dürfte, manche Entwicklungstendenz konkret empirisch zu fassen. Sozialraumanalysen bieten hier jedoch Perspektiven.

Neue Formen urbanen Regierens folgen – nach der Analyse von Boris Michel – auf Globalisierung, Neoliberalismus, Postfordismus und schärfere Fragmentierungen von Stadtgesellschaften, indem durch sie eine Reorganisation urbanen Lebens im Sinne einer Homogenisierung vorangetrieben wird. Die Produktion von Gemeinschaften sowie soziale Kontrolle führen notwendig zum Ausschluss von den Teilen der Bevölkerung, bei denen gemeinschaftlich unerwünschte Verhaltensweisen konstatiert werden. Dabei bezieht sich die Gestaltung homogener Gemeinschaften auf kleine Lokalitäten, welche die Stadt als Bezugspunkt verlieren oder es werden Fragmentierungen durch verschärfte Ausgrenzung »überwunden«. Letztlich zeigt Boris Michel Entwicklungstendenzen auf, die mindestens gegenüber sozialen Unterschichten den Ausschluss aus dem städtischen Zusammenleben bedeuten. Für die verbleibenden Mittelschichten, deren Situation aber nur vermeintlich sicher scheint, bietet sich die Perspektive homogener Gemeinschaften in quasi kleinstädtischen Milieus. In der postmodernen bzw. postfordistischen Stadt werden damit die sozialen Strukturen neu geordnet.

Eine solche Neukonfigurierung »zerlegt« die Stadt entlang sozioökonomischer Fragmentierung. Eine Stadt wird aber eben nicht von einer homogenen Gemeinschaft gebildet, sondern lebt von Begegnungen und Konflikten ihrer heterogenen Bewohnerschaft. In der Moderne übernahmen die Städte angesichts sozialer Friktionen mit der Entwicklung sozialer Innovationen, neuer Dienstleistungen städtischer Daseinsfürsorge die Aufgabe, den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess sozialstaatlich zu unterstützen. Angesichts fragmentierter Stadtgesellschaft liegt die Qualität urbanen Lebens der modernen Stadt in lokaler Demokratie und Toleranz, so dass ihre Bewohner die Gestaltung der Lebensverhältnisse selbst in die Hand nehmen. Auch für die deutschen und europäischen Städte wäre es wichtig, liberale Ordnungspolitik, das Modell des europäischen Wohlfahrtsstaates und eine spezifische Form der Zivilgesellschaft zu bewahren und fortzuentwickeln. In diesem Sinne regen die Betrachtungen über die Diskurse zum Wandel urbanen Regierens zum Weiterdenken an.

*Stefan Goch, Gelsenkirchen*

Mareike König (Hrsg.), Deutsche Handwerker, Arbeiter und Dienstmädchen in Paris. Eine vergessene Migration im 19. Jahrhundert (Pariser Historische Studien 66), Oldenbourg, München 2003, geb., 203 S., € 34,80.

Gegenüber der transatlantischen Migrationsbewegung, die in der historischen Forschung intensiv zur Kenntnis genommen wird, fristet die innereuropäische Migrationsgeschichte des 19. Jahrhunderts eher ein Schattendasein. Dabei waren deren Ausmaße erheblich; die Offenheit der Grenzen und die Revolution der Verkehrsbedingungen erleichterten vor dem Ersten Weltkrieg nicht nur die ständige, sondern auch die temporäre, oft jahreszeitliche Arbeitsmigration über nationale Grenzen hinweg. Und das galt keineswegs nur für die industriellen Arbeitswanderer, die es in die neu entstehenden Zentren der Schwerindustrie wie das Ruhrgebiet oder Lothringen zog. Es galt auch für die agrarischen und handwerklichen Migranten, die in die großen Städte gingen. Viele dieser Bewegungen waren, für sich genommen, nicht sehr spektakulär; aber insgesamt vermitteln sie doch die Erkenntnis, dass die europäische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts keineswegs nur in ihren »modernen« Segmenten ausgesprochen mobil war. Und blickt man aufs Detail, zeigt sich, dass die Erfahrungen, die die Migrationsgesellschaften – sowohl die Herkunfts- als auch die Zielgesellschaften – mit sehr ähnlichen Problemen von Anpassung, Integration und Entfremdung zu kämpfen hatten, wie das heute verhandelt wird.

Mareike König, Referentin am DHI Paris, hat nun in einem verdienstvollen Sammelband den Blick auf eine dieser wenig beachteten Wanderungsbewegungen gelenkt: Paris

als Anziehungspunkt für Tausende Deutscher, die vor allem im Handwerk und im kleinen Dienstleistungsgewerbe tätig wurden. Nicht alle Beiträge des zweisprachigen Bandes sind von gleicher Qualität, und nicht alle Themen sind gleichgewichtig behandelt. Aber insgesamt verdeutlicht der Band, dass die Hauptstadt des nationalen Frankreichs zu einem erklecklichen Teil von Deutschen bewirtschaftet wurde; zeitweise war sie die drittgrößte deutsche Stadt. Dafür gab es freilich Traditionen, auf die Sven Steffens in seinem Beitrag verweist. Die traditionale Handwerkerwanderung führte viele nach Paris, weil die Stadt als eine Hochburg handwerklicher Kunst galt; und deutsche Bäcker oder Handschuhmacher nahmen auch finanzielle oder statusmäßige Nachteile in Kauf, um in Paris dazuzulernen. Zu einer wirklichen Massenbewegung wurde die Einwanderung aber mit der Erfahrung des Pauperismus der 1830er Jahre, die neben den gelernten nun vor allem ungelehrte Einwanderer in die französische Hauptstadt strömen ließ.

Wie König in ihrer Einleitung betont, sind es maßgeblich die politischen Brüche, die diese Geschichte bestimmten. Vor der Revolution von 1848/49 hielten sich schätzungsweise knapp 80.000 Deutsche in Paris auf – die Handelskammer zählte allein 37.000 Schuhmacher, Tischler und Schneider. Die aufkommende wirtschaftliche Krise und die Revolution trieben viele wieder nach Deutschland zurück, doch sie kamen wieder. 1869 waren es wieder etwa 80.000. Sie wurden nach dem Deutsch-Französischen Krieg größtenteils ausgewiesen, aber schon 1873 wurde die Anzahl der anwesenden Deutschen wieder auf 30.000 geschätzt. Die dritte Zäsur stellte der Erste Weltkrieg dar, der nun ein endgültiges Ende der Einwanderung bedeutete. 1921 wurden noch 1.800 Deutsche gezählt.

Die meisten dieser Einwanderer waren Armutswanderer; auch die politischen Migranten, die vor allem im Vormärz, nach der Revolution von 1848/49 und im Zuge der Sozialistengesetze kamen, waren zum großen Teil arm, Handwerker oder Arbeiter. Auffälligerweise war der Anteil der Frauen mit bis zu zwei Dritteln sehr hoch, was nicht nur auf eine – untypische – Familienwanderung hindeutet, sondern auch auf allein wandernde junge Frauen. Anders als in den meisten anderen innereuropäischen Arbeitswanderungen gingen die Deutschen nicht nur in Gestalt junger, unverheirateter Männer nach Paris; deshalb wurden deutsche Schulen, Hilfsorganisationen, Kirchen und Vereine gegründet. Die Deutschen lebten in Paris relativ segregiert und waren an Sprache, Kleidung oder Berufen – viele Straßenkehrer, Kellner, aber auch die Haute Couture waren deutsch – auszumachen.

An Konflikten mit den französischen Kollegen mangelte es dennoch nicht, wie Pierre-Jacques Derainne in seinem Beitrag über deutsche und französische Arbeiter zeigt. Der Beitrag ist gleichzeitig eine Studie über die Nationalisierung des Arbeiterbewusstseins, denn wie Derainne betont, gab es eine Tradition der Abwehr von »fremden« Arbeitern; doch diese wurden bis in die 1830er Jahre nicht national, sondern lokal oder regional gedacht; auch die Identifikationen mit dem Viertel, in dem man wohnte, oder gar der Baustelle, auf der man arbeitete, spielten eine größere Rolle als nationale Zugehörigkeiten. Erst mit der Julimonarchie begannen französische Arbeiter, sich als »französische« Arbeiter zu fühlen, und sich deshalb gegen deutsche Arbeiter zu wenden. Der Nationalismus der französischen Arbeiterbewegung hatte, wie es scheint, seine Wurzeln im Nationalismus der französischen Arbeiter. Dass sich deutsche gewerkschaftliche Organisationen gründeten, wie Gaël Cheptou zeigt, lag in der Logik dieser Differenzen. Konsequenterweise hatten diese Organisationen eher im Blick, die deutschen Arbeiter für den Fall ihrer Rückkehr nach Deutschland im Horizont der Sozialdemokratie zu halten. Dennoch unterhielten, so Marie-Louise Goergens, die deutschen und französischen Sozialisten in Paris enge Kontakte zueinander; nicht umsonst war Paris seit 1789 der Zufluchtsort deutscher Revolutionäre gewesen. Der solidarische Grundton, der in Goergens' Beitrag durchscheint und den Befunden Derainnes durchaus widerspricht, mag auf die unterschiedlichen Gruppen zurückzuführen sein, mit denen sich die Beiträge beschäftigen: Goergens fragt eben hauptsächlich nach den Führungsgruppen der Arbeiterbewegung, während Derraine stär-



ker die Arbeiter vor Ort im Blick hat. Gerade nach der Lektüre von Goergens' Beitrag drängt sich der Eindruck auf, als ob der sozialistische Internationalismus doch weitgehend eine Wunschvorstellung sozialistischer Intellektueller und Funktionäre gewesen sei, der vor Ort erhebliche Abstriche erfuhr.

Die Frauen nimmt Mareike König in ihrem Beitrag über Dienstmädchen in den Blick. Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die deutsche Kolonie feminisiert. Den größten Anteil daran hatten junge Frauen, die eine Anstellung als Dienstbotin suchten. Fast 40 Prozent der ausländischen Dienstboten waren um 1900 deutscher Herkunft. Der Hauptgrund für die Anziehung lag in den hohen Löhnen dieser für Hessinnen oder Pfälzerinnen verhältnismäßig nahen Metropole. Man konnte in Paris fast doppelt so viel verdienen wie in Berlin, und so nicht nur für die Aussteuer sparen, sondern auch an der französischen Mode partizipieren. Dass man Französisch lernte, galt als ein zweiter guter Grund, der die Mädchen in Deutschland auch für qualifiziertere Tätigkeiten empfahl. Paris war also für die jungen Frauen Befreiung, Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs und Abenteuer in einem; die meisten wollten nach einigen Jahren wieder nach Deutschland zurückkehren. Umgekehrt waren deutsche Mädchen für französische Familien attraktiv, weil sie als fleißig und nicht übermäßig anspruchsvoll galten, und es gab einen regelrechten transnationalen Markt, der mit Hilfe von Zeitungsannoncen, persönlichem Kontakt (etwa bei Bäderbesuchen französischer Familien in Deutschland) oder über deutsche kirchliche Einrichtungen in Frankreich funktionierte. Viele Mädchen machten sich aber auch ohne die damit gegebenen Sicherheiten auf den Weg, und das führte viele in die Prostitution, die manche Mädchen auch als einen temporären Zustand zwischen zwei Anstellungen betrachteten. Etwa 4.000 deutsche Prostituierte soll es Anfang des 20. Jahrhunderts in Paris gegeben haben, und die Hälfte der Prostituierten waren ehemalige Dienstmädchen.

Dienstmädchen bedurften sozialer und institutioneller Netzwerke, um zu überleben. Sie gaben die Adressen guter Arbeitgeber und Vermittlungsbüros weiter, sie trafen sich in kirchlichen Institutionen und verbrachten Freizeit miteinander. Dieser Akzent, der bei König eher impressionistisch auftaucht, wird in Michael Eschs Untersuchung systematisiert: Er fragt nach den Netzwerken, in denen sich die osteuropäischen Einwanderer bewegten. Damit hat er allerdings keine deutschen Einwanderer mehr im Blick. Erst in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts begann eine massenhafte Einwanderung aus Russland, dem Balkan und Österreich-Ungarn. Meist handelte es sich um Juden, die vor dem zunehmenden Antisemitismus in ihrer Heimat flohen. Viele der dortigen Emigranten haben sich auch in die Vereinigten Staaten begeben. Diese Einwanderung ging nun im Unterschied zu den deutschen Einwanderern über den Ersten Weltkrieg hinaus. Um 1900 gab es knapp 20.000 osteuropäische Einwanderer in Paris; 1926 waren es bereits etwa 85.000, und ein großer Teil davon waren Russen, die vor der Bolschewistischen Revolution geflohen waren. Für sie stellte Paris häufig nur einen Übergangsort auf dem Weg in die Neue Welt dar. Diese Osteuropäer konzentrierten sich in besonderer Weise auf bestimmte Stadtviertel. Bis zu drei Viertel der osteuropäischen Einwanderer wohnten in fünf Arrondissements, und hier konzentrierten sie sich häufig auf bestimmte Straßenzüge. Wie integrierten sie sich in die französische Gesellschaft? Die Anträge auf Naturalisierung als französischer Staatsbürger wurden nur zu einem ganz geringen Teil von Dienstboten gestellt. Weit überwiegend waren es Personen aus freien Berufen und solchen, die bei Handel, Banken und Versicherungen beschäftigt waren. Der Schluss, den Esch daraus zieht, ist auch für heutige Einbürgerungsdebatten nicht ohne Bedeutung: Am Anfang steht nicht der Wille zur Integration, sondern das Gefühl sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit. Die Einbürgerung macht subjektiv erst dann Sinn, wenn der Betreffende sein Auskommen gefunden hat und Anlass hat, für längere Zeit im Zielland zu bleiben.

Freilich lässt der Band Wünsche offen. Er scheint im Grunde um das Forschungsprojekt der Herausgeberin, das sich mit deutschen Einwanderern in Paris im 19. Jahrhundert

beschäftigt, herumgestrickt. Die Beiträge zu Gesellen, Arbeitern und Sozialisten treffen nicht alle die Themen der Einleitung. Man hätte sich gewünscht, dass noch mehr Migrantengruppen in der Weise untersucht werden wie das Derainne und König für die Arbeiter und die Dienstmädchen tun. Die kleinen Handwerker, die kleinen Dienstleistungsberufe wie Kellner oder Straßenkehrer: Sie offenbaren eine Seite der Migrationsgeschichte, die wegführt von der Perspektive aus der Schwerindustrie. Die Netzwerkstudien, die Michael Esch vorführt, sind gewiss überdetailliert und ihre Verallgemeinerbarkeit muss gut überlegt werden. Es wäre interessant gewesen, Aspekte des Vergleichs zwischen deutschen und osteuropäischen Einwanderern zu diskutieren. Dennoch verweisen die Studien auf Parallelen mit der heutigen Einwanderungsdebatte wie auch mit der transatlantischen Migrationsgeschichte. Die Idee vom *melting pot*, dem viele Beiträge zur Multikulturalismusdebatte anhängen, wird hier, wie übrigens auch in der transatlantischen Migrationsgeschichte, als ein Mythos entlarvt. Einwanderungsgesellschaften sind, so zeigt sich auch hier, Konflikt- und Segregationsgesellschaften, Einwanderer blieben auch im 19. Jahrhundert lange fremd, und politische Ereignisse führten immer wieder zu Ausweisung oder Stigmatisierung. Das gilt auch beispielsweise für die polnische Arbeitswanderung ins Ruhrgebiet. Insofern sind nicht nur die dauerhafte Immigration und die Kurzzeitwanderung typische Fälle von Arbeitsmigration, sondern auch die Langzeitwanderung, die spät, aber eben doch wieder aus dem Zielland zurückführt. Sie ist womöglich ein Charakteristikum der binneneuropäischen Arbeitsmigration. Auch in Paris führte Migration zu einer Unterschichtung der Einwanderungsgesellschaft: Migranten sind, eben weil sie Migranten sind, ganz unten, und der soziale Aufstieg ist eine meist vergebliche Hoffnung. Integration funktionierte jedoch auch im Paris des 19. Jahrhunderts am verlässlichsten über wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Vor allem aber zeigt dieser Band eines: die Normalität der Einwanderungsgesellschaft, auch im 19. Jahrhundert, trotz der politischen Brüche, die die deutschen Einwanderer immer wieder ins Herkunftsland zurückgetrieben haben.

Thomas Mergel, Potsdam

Sandrine Kott, Bismarck, Presses de Sciences Po, Paris 2003, 358 S., Pb., 26,00 €.

»Noch ein Bismarck-Buch!« möchte der Leser seufzen, der, wie Lothar Machtan, nach der Welle der Bismarck-Publikationen zum hundersten Todestag des Reichskanzlers 1998, das Dossier Bismarck gerne geschlossen hätte. Aber der Titel täuscht, denn Sandrine Kotts Buch handelt nicht von Bismarck, sondern vom Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation und ihrer Geschichte, ausgedrückt in dem Bild, das sie sich im Laufe der letzten hundert Jahre von Bismarck gemacht haben. Kott leistet damit einen Beitrag zur umfangreichen Forschung über Erinnern, Gedächtnis, Denkmalskult und Geschichtskultur, auch zur Geschichte der Geschichtswissenschaften in Deutschland. Der erste Teil des Buches beschreibt die Verwandlung der historischen Person Bismarcks in ein Kultobjekt, ein nationales Denkmal, einen Mythos. Dieser Prozess setzt mit Bismarcks Entlassung ein und ist zunächst bestimmt von Bismarcks Kampf um seinen Platz in Geschichte und Gedächtnis der Deutschen. Sehr bald aber entwickelt er eine eigene Dynamik und produziert vielfältige »figures de Bismarck«.

Diese »Bilder« Bismarcks sagen uns viel über die gesellschaftlichen Gruppen, die sie konstruieren und sich ihrer bedienen, und die unterschiedlichen, oft schlicht lokalpolitischen, touristischen und ökonomischen Interessen derjenigen, die sich durch eine Hommage an Bismarck selbst in Szene setzen. Kott unterstreicht die profanen Aspekte der Bismarck-Verehrung und rückt die Vermehrung der Bismarck-Denkmäler in den Kontext der Denkmalswelle, die Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts auch andere histo-

rische Personen und andere Länder erfasste, und die nicht zuletzt von den Künstlern genährt wurde, die von ihr profitierten. Die Autorin analysiert aber auch die politische Bedeutung des Bismarck-Kultes, der, da er erst nach 1890 einsetzte, kein Personenkult in dem Sinne war, dass er zur Festigung von Bismarcks Herrschaft beigetragen hätte. Vielmehr diente dieser Kult dem Erlebnis einer nationalen Gemeinschaft, die durch Bismarck-Gedenkfeiern und Rituale inszeniert wurde. Die Würdigung Bismarcks als Schriftsteller, seine Verehrung als Soldat festigten das Bewusstsein der Deutschen, Kulturnation und militärische Großmacht zugleich zu sein.

Bismarcks Mythos als Schmied und Erlöser der Nation entfaltete vor allem im Weltkrieg und in der Weimarer Zeit seine Wirkung. Wegen seines hohen legitimatorischen Wertes reklamierte die Republik Bismarck für sich, indem sie ihre Sozialpolitik als Fortsetzung von Bismarcks Werk oder Stresemanns Außenpolitik als »zurück zu Bismarck«, zu einer Politik des Interessenausgleichs und der Kompromisse darstellte. Gleichzeitig feierten deutschnational-völkische Politiker Bismarck als den, der Deutschland mit starker Hand zur Großmacht geführt hatte. Unter der Überschrift »Von Bismarck zu Hitler« sucht Kott nicht, wie viele Historiker nach dem Zweiten Weltkrieg, eine Kontinuität, die die »deutsche Katastrophe« erklären könnte, sondern zeigt, wie solche Kontinuitäten konstruiert wurden, und wie die latente Bismarck-Nostalgie die Sehnsucht nach einem Führer in schwierigen Zeiten und nach der Wiedergeburt Deutschlands als Drittes Reich nährte. Diese politische Instrumentalisierung Bismarcks war eng verbunden mit den Bildern, die Historiker von ihm und seiner Politik zeichneten. Der Überblick, den Kott zur deutschen Historiografie gibt, ist nicht nur eine gute Einführung in die Geschichte der Disziplin, sondern spiegelt auch die Biografie der Autoren und die gesellschaftlichen und politischen Strukturen Deutschlands vor und nach dem Zweiten Weltkrieg wider.

Die Vieldeutigkeit Bismarcks, die es den verschiedensten Gruppen erlaubte, sich auf ihn zu berufen und für ihre Zwecke nutzbar zu machen, veranlassen Kott, im zweiten Teil ihres Buches nun doch zu Bismarck selbst vorzudringen. Freilich erhebt sie nicht den Anspruch, jenseits aller Erinnerungen den wahren Bismarck zu rekonstruieren, sondern will der Frage nachgehen, welche Eigenschaften und Haltungen Bismarcks, welche Elemente seiner Politik bestimmte Bismarck-Bilder ermöglichten, welche Teile seiner Biografie in die Legende einfließen. Schon zu Beginn des ersten Teils macht Kott deutlich, dass Bismarck alles andere als unschuldig war an dem Kult, der um seine Person entstand. Nicht erst in den »Gedanken und Erinnerungen«, sondern vom Anfang seiner politischen Karriere an arbeitet Bismarck ganz bewusst an seinem Bild und nutzt z. B. seine (tatsächlich vorhandenen) Fähigkeiten als Jäger und Schütze, um sich als Junker und Soldat darzustellen. Kott analysiert dieses Zusammenspiel von persönlichen Eigenschaften, Selbstdarstellung, Legendenbildung und Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sehr genau und differenziert. So gelangt sie über die letztlich fruchtlose Frage, ob Bismarck »im Grunde seines Herzens« Junker war und blieb, zu der Feststellung, dass dies die soziale Identität war, die er für sich in Anspruch nahm. Ebenso interessant und reflektiert ist das Kapitel zu Bismarcks Machtausübung geschrieben. Kott kommt zu dem Schluss, dass Bismarck sich tatsächlich die Stellung eines Despoten gesichert hatte, indem er einerseits die Verfassung auf seine Person zuschnitt, andererseits das normale Funktionieren der Institutionen systematisch behinderte und untergrub. Sehr gut arbeitet Kott Bismarcks Verachtung für das Recht, die ihn sowohl von den Konservativen als auch von den Liberalen trennte, als zentrales Element seiner Herrschaft heraus. In der Analyse fehlt hier allerdings der folgenreiche Begriff der »Realpolitik«. Kott zeigt, dass die Art und Weise, wie sich Bismarck vor dem Reichstag in Szene setzte, ebenso wie seine Pressepolitik, kalkulierte Selbstdarstellung zur Sicherung seiner Macht war. Seine Popularität war vor allem eine Behauptung Bismarcks, derer er sich bediente, um die Legitimität der gewählten Abgeordneten in Frage zu stellen. Dennoch sieht ihn Kott nicht als unangefochtenen Allein-

herrscher, nicht nur, weil er vom Vertrauen des Kaisers abhing, sondern vor allem wegen der starken Gegenkräfte, die ihn innenpolitisch scheitern ließen. Wie stark diese Kräfte waren, hat Kott selbst in ihrem Buch »L'État social allemand« am Beispiel der Sozialversicherungen nachgewiesen, die ganz andere Formen annahmen und andere Wirkungen entfalteten als die, die Bismarck geplant hatte.

Auch im letzten Kapitel erweist sich Kotts Ansatz als fruchtbar, nach den Elementen in Bismarcks Politik und Selbstdarstellung zu suchen, die ihn zur Identifikationsfigur völkischer Nationalisten werden ließen. Durchgängig lässt sie neben den neuesten historischen Arbeiten auch die ältere Bismarck-Forschung ausführlich zu Wort kommen und gibt so nicht nur einen Forschungsbericht, sondern auch einen Eindruck von den persönlichen und politischen Bindungen deutscher Historiker, die ihr Urteil über Bismarck bestimmten. Kotts intensive Auseinandersetzung mit der Bismarck-Literatur und ihre kritische Darstellung der Geschichte der historischen Disziplin sind für deutsche Leser von großem Interesse, auch wenn sich die darstellenden Teile des Buches eher an ein breites französisches Publikum richten. Diese Ausrichtung zwingt Kott, für das Verständnis der deutschen Geschichte elementare Begriffe und Vorgänge (Canossa, Olmütz) in langen Einschüben und Fußnoten zu erläutern, Bismarcks Werdegang und Politik recht ausführlich zu beschreiben und ihre eigene Analyse oft nur kurz zu skizzieren. Solche Vermittlungsarbeit ist aber umso notwendiger und verdienstvoller, je mehr auf beiden Seiten des Rheins die Kenntnis der Sprache des Nachbarn schwindet. Dieser Verlust zeigt sich z. B. darin, dass der Verlag, Presses de Sciences Po, nicht mehr über einen Lektor verfügt der imstande gewesen wäre, die buchstäblich unzählbaren Druckfehler in den Fußnoten zu korrigieren.

*Sabine Rudischhauser, Berlin*

Christian Nottmeier, Adolf von Harnack und die deutsche Politik 1890–1930. Eine biographische Studie zum Verhältnis von Protestantismus, Wissenschaft und Politik (Beiträge zur historischen Theologie, Bd. 124), Mohr Siebeck, Tübingen 2005, 582 S., geb., 89 €.

Fraglos war Adolf von Harnack der große Repräsentant des liberalen Protestantismus in Deutschland, von der Wilhelminischen Zeit bis zum Ende der Weimarer Republik. Diese Feststellung gilt im Blick auf seine wissenschaftliche Reputation als Dogmengeschichtler und Erforscher der Alten Kirche, aber zumindest ebenso sehr hinsichtlich seiner Tätigkeit als Generaldirektor der Königlichen Bibliothek sowie als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, als Wissenschaftsorganisator und Gelehrtenpolitiker. Dementsprechend nimmt die vorliegende Studie nicht nur den Theologen, sondern eine zentrale Persönlichkeit des Kulturprotestantismus im weitgespannten Kontext der Wissenschaft und Politik seiner Zeit in den Blick.

Nottmeier hat nicht nur die reiche Literatur zum Thema aufgearbeitet, sondern auch Harnacks Nachlass gründlich studiert. Das befähigt ihn, den Lebensweg und die geistige Entwicklung des Gelehrten eindrucksvoll nachzuzeichnen: von den ihn prägenden geistigen, politischen und theologischen Einflüssen seiner baltischen Herkunft (S. 21–61) über die Herausbildung einer eigenständigen wissenschaftlichen und religiösen Position in Anlehnung an die Theologie Albrecht Ritschls (S. 62–121) bis zu seiner Tätigkeit in Berlin, wo Harnack trotz der nie verstummenden Kritik evangelischer kirchlicher Kreise bald zu einer führenden Gestalt sowohl an der Universität als auch in der Berliner Gesellschaft aufstieg (S. 122–132). Sein religiöses Credo kreiste um die grundlegende Bedeutung des frommen Individuums mitsamt der darin verankerten und dadurch geförderten Freiheit und einer daraus resultierenden christlichen Humanität. Die aus solchen Quellen gespeiste

protestantische Bildung und Kultur begriff Harnack durchaus als die wegweisende Kultur in Deutschland. Aber sie war nach seinem Verständnis so offen und weit angelegt, dass sie sowohl die Klassiker – allen voran Johann Wolfgang von Goethe – und den deutschen Idealismus als auch den Reichtum der katholischen Religiosität zu umfassen vermochte.

Kennzeichnend für das gesamte öffentliche Wirken Harnacks war sein Bestreben, eine mittlere Linie einzuhalten und nach Möglichkeit auch durchzusetzen. Diese allen Extremen abgeneigte Einstellung verstärkte sich in dem Maß, in dem er als »führender Repräsentant gouvernementaler Gelehrtenpolitik« Ansehen und Einfluss gewann (S. 233–377). Harnacks enorme Arbeitskraft trug dazu ebenso bei wie seine selbstbewusste Verbindlichkeit, sein Geschick im Umgang mit hochgestellten Persönlichkeiten – von angesehenen Wissenschaftlern über führende Vertreter der Ministerialbürokratie und Politiker bis hin zur höfischen Gesellschaft und nicht zuletzt auch bis zu Kaiser Wilhelm II.

Im Ersten Weltkrieg konzentrierte sich Harnack zunehmend auf die Forderung innenpolitischer Reformen (S. 378–461). In der Weimarer Republik versuchte er, so viel als möglich vom geistigen Erbe der Vergangenheit in die neue Zeit zu retten (S. 462–514), bemüht um die »geistidealistische Vertiefung der Gegenwart« (S. 512).

Der Autor ist von seinem »Helden« derart fasziniert, dass er sich nahezu vollständig mit Harnacks Auffassungen identifiziert. Das ist verständlich, es bedeutet allerdings, dass Harnacks Grenzen kaum oder nur in einem überaus milden Licht erscheinen. Dieser Einwand betrifft zum einen Harnacks Theologie. In seinem 1921 veröffentlichten großen Buch »Maricon« findet sich genau die Position, die er 50 Jahre früher in seinem Jugendwerk zum selben Thema vertreten hatte. Die Schrecken des Weltkrieges, die andere liberale Theologen – wie z. B. Otto Baumgarten – umdenken ließen, beeinflussten Harnack nicht. Die innere Brüchigkeit einer auf Idealismus und individueller Frömmigkeit gegründeten Konzeption, die darauf hinauslief, dass der Protestantismus sich »stufenweise« fortentwickeln sollte »von der Kirche hin zu Gesinnungsgemeinschaft« (S. 491), rückte den großen Gelehrten nun schnell und unübersehbar ins Abseits. Verständlicherweise konnte er mit der heraufkommenden dialektischen Theologie Karl Barths nicht nur nichts anfangen, sondern sah darin ein Verhängnis. Dass diese Theologie allerdings in einen »radikalen Subjektivismus« münden müsse – was Nottmeier unverständlicherweise mit »zweifellos ein sehr helllichtiger Vorwurf« kommentiert (S. 489/Anmerk. 125) – belegt nur, wie überholt Harnacks liberale Theologie inzwischen war.

Mindestens ebenso problematisch erscheint Harnacks mangelnde gesellschaftspolitische Einbindung. So entschieden er und seine Geistesverwandten im protestantischen Bildungsbürgertum die Freiheit des Individuums feierten, die Befreiung von dogmatischen Normierungen und Fesselungen, so schwach und letztlich unfähig erwiesen sie sich im Blick auf organisatorische Vereinigungen. Der Kreis der »Freunde der Christlichen Welt« bildete einen ausgesprochen lockeren Zusammenschluss. Zu Recht konstatiert der Verfasser, dass Harnack sich allzu sehr auf die Reformbereitschaft der Ministerialbürokratie verlassen habe. Aber man muss grundsätzlich feststellen, dass Harnacks Wirken auf der Verbindung persönlicher Bildung und Frömmigkeit und der Unterstützung durch die preußisch-deutsche Ministerialbürokratie basierte. Nur so konnte er in die Breite wirken und erreichen, was er erreicht hat. Harnack war stolz, keiner Partei anzugehören. Mit der verfassten Kirche hatte er wenig im Sinn. Wofür sie kämpfte, besaß für den Gelehrten keinen besonderen Stellenwert. Man mag fragen, ob der von Harnack – und seinem Biografen – regelrecht verabscheute Adolf Stoecker nicht insofern moderner war als der Repräsentant der liberalen protestantischen Moderne: Der Hofprediger trat für die Trennung von Staat und Kirche ein und betrieb die Gründung einer Partei, die im Zeitalter des Parlamentarismus die Interessen der evangelischen Kirche wahrnahm. Allerdings kann und darf diese Feststellung nicht den schlimmen Antisemitismus Stoeckers und seiner Partei übersehen lassen.

Die Akten darüber sind noch nicht geschlossen. Aber wie auch immer der Diskurs sich entwickeln mag: Ganz unbestreitbar ist, dass nicht nur Harnacks Lebenswerk, sondern auch sein geistiger Rang durch diese Darstellung eine glänzende Behandlung und Deutung erfahren hat.

Martin Greschat, Münster

Claire Moreau Trichet, Henri Pichot et l'Allemagne de 1930 à 1945, Peter Lang Verlag (Collection Convergences, Bd. 35), Bern etc. 2004, 407 S., geb., 63,50 €.

Gaby Sonnabend, Pierre Viénot (1897–1944). Ein Intellektueller in der Politik (Pariser Historische Studien, Bd. 69), München 2005, 479 S., geb., 49,80 €.

Mit der Arbeit von Claire Moreau Trichet über Henri Pichot und von Gaby Sonnabend über Pierre Viénot sind zwei biografisch angelegte Studien erschienen, die einen Einblick in das breit gefächerte Spektrum deutsch-französischer Mittlertätigkeit in der Zwischenkriegszeit geben. Henri Pichot (1884–1945) war langjähriger Vorsitzender der *Union Fédérale des Anciens Combattants*, die als größte Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer nicht nur die Versorgungsinteressen ihrer Mitglieder vertrat, sondern sich auch die öffentliche Verurteilung des Krieges auf die Fahnen geschrieben hatte. Die mehrheitlich pazifistische Einstellung der *anciens combattants* bildete das wesentliche Antriebsmoment für die Wiederaufnahme und dann den Erhalt des deutsch-französischen Dialogs, um den sich Henri Pichot noch bis in die späten dreißiger Jahre bemühte. Auch im Leben des jüngeren Pierre Viénot (1897–1944) war der Erste Weltkrieg ein überaus wichtiger Erfahrungshorizont für seine spätere Mittlertätigkeit. Viénot war von 1926–1930 Repräsentant des Deutsch-Französischen Studienkomitees in Berlin und stand in engem Kontakt zu den wirtschaftsbürgerlichen und kulturellen Eliten beider Länder, also jenen gesellschaftlichen Trägergruppen, die maßgeblich den Versuch deutsch-französischer Konfliktminderung in der Zwischenkriegszeit unterstützten. Als Viénot 1931 in die Berufspolitik wechselte, setzte er wie Pichot seine Hoffnung noch lange Zeit darauf, dass man der extrem revisionistischen Außenpolitik Hitlers durch multilaterale Vereinbarungen Einhalt gebieten könne. Während der Kriegsveteran Pichot sich 1940 Marschall Pétain anschloss, ging Viénot den Weg in den Widerstand zu de Gaulle. Trotz des Altersunterschieds von 13 Jahren wirft der Lebenslauf beider Persönlichkeiten ähnliche Fragen auf: Welche konkreten Gründe bewogen Pichot und Viénot, sich nach der traumatischen Kriegserfahrung gerade für die Verständigung mit Deutschland einzusetzen? Warum wählte der eine das Kriegsveteranenmilieu, der andere das Bildungsbürgertum als Wirkungskreis? Weshalb glaubten beide lange Zeit an die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung mit Hitler? Claire Moreau Trichet geht diesen Fragen im Rahmen ihrer Studie über das Deutschland-Engagement des *Union Fédérale*-Vorsitzenden in den Jahren 1930–1945 nach, Gaby Sonnabend bettet sie in ihre umfassende Viénot-Biografie ein.

Um »das Wesen, die Entwicklung und die Ergebnisse« der deutsch-französischen Mittlertätigkeit Pichots als Vorsitzendem der *Union Fédérale* zu erfassen (S. 1), untergliedert Moreau Trichet ihre Studie in drei Abschnitte: Auf Grundlage der von Pichot veröffentlichten Artikel unternimmt sie im ersten Teilkapitel zunächst eine Analyse seines Deutschland- und Frankreichbildes, das wenig originelle Züge aufweist. Als überzeugter Republikaner bildete Frankreich für den Kriegsveteranen ein universal-humanistisches Referenzmodell, wohingegen das Nachbarland durch ein Übermaß an Disziplin und ein generelles politisches Desinteresse charakterisiert sei. Dass Pichot zu Beginn der 1930er Jahre, also genau zu jenem Zeitpunkt, als sich das deutsch-französische Verhältnis auf offizieller Ebene rapide verschlechterte, die Verständigung mit Deutschland zum vordringlichen

Handlungsziel der *Union Fédérale* erkor, erklärt sich vor seinem Erfahrungshintergrund als *ancien combattant*. Wie die meisten ehemaligen Frontkämpfer betrachtete er die Möglichkeiten außenpolitischen Regierungshandelns mit Skepsis und berief sich auf die »moralische Autorität« (S. 68) der Kriegsveteranen als Legitimationsgrundlage für seinen pazifistisch motivierten und auf gesellschaftliche Annäherung zielenden Verständigungswillen. Mit welchen Strategien Henri Pichot dieses Programm von 1930 bis 1945 in die Tat umzusetzen versuchte, wird im zweiten Teil des Buches beschrieben. Die Autorin trifft hier eine Unterscheidung zwischen Aktivitäten, die sich vornehmlich an Adressaten in Frankreich wandten (wie z. B. die Veranstaltungen des Kriegsveteranenverbandes oder die publizistische Tätigkeit Pichots) und solchen, mit denen Pichot in Deutschland und international für sein Verständigungsanliegen warb. Obwohl Pichot dem NS-Regime kritisch gegenüberstand, setzte er als Präsident der *Union Fédérale* (1934–1940) auf den Dialog mit den neuen Machthabern in Deutschland, da jenseits aller ideologisch-politischen Differenzen einzig der übergreifende Friedenswille in der Bevölkerung zähle. Die Verfasserin bezeichnet diese Haltung in Anlehnung an die Kriegsveteranen-Studien des Historikers Antoine Prost als »aveuglement volontaire« (S. 149, 346), als eine »freiwillige Verblendung«, die – getragen vom Friedenswunsch vieler *anciens combattants* und Hitlers vorgeblichem Interesse an der deutsch-französischen Zusammenarbeit – den Blick auf die wahren außenpolitischen Ambitionen Hitlers verstellte. Nach der Auflösung des SPD-nahen »Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen« im April 1933 war die »Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung« (NSKOV) der offiziell bestellte Ansprechpartner der *Union Fédérale*. Die politische Instrumentalisierung der Veteranenkontakte erreichte einen Höhepunkt im Dezember 1934, als Pichot zu einem persönlichen Gespräch mit Hitler zusammentraf, in dessen Verlauf sich der Reichskanzler geschickt als ehemaliger Frontkämpfer präsentierte und das Vertrauen seines französischen Gastes gewann. Pichot war für die Nationalsozialisten bald eine Schlüsselfigur im Prozess der Usurpation der deutsch-französischen Verständigungsagenturen. Dies lässt sich insbesondere an seiner prominenten Rolle als Generalsekretär des *Comité France-Allemagne* aufzeigen, das Ende 1935 zur Gestaltung der bilateralen Kulturbeziehungen unter starker Mitwirkung der Nationalsozialisten gegründet worden war. »Frieden um jeden Preis« – für dieses Motto war Pichot auch bereit, die offenen Widersprüche zwischen dem bekundeten Wohlwollen gegenüber Frankreich und der revisionistischen Außenpolitik der Nationalsozialisten hinzunehmen und den Veteranen-Dialog trotz aller Schwierigkeiten fortzuführen. Dass er damit genau auf die nationalsozialistische Umgarnungsstrategie hereinfiel, wurde ihm erst 1938 nach dem so genannten »Anschluss« Österreichs und der Münchener Konferenz schlagartig bewusst. Bei Kriegsausbruch setzte er seine Hoffnungen auf Marschall Pétain, während ein Großteil seiner ehemaligen Weggefährten (allen voran der Gründer der *Union Fédérale* und spätere Friedensnobelpreisträger René Cassin) dem Ruf de Gaulles nach London folgte. Im September 1940 verließ Pichot die *Union Fédérale*, um unter der Vichy-Regierung an der Schaffung der *Légion des Combattants Français* mitzuwirken, die als staatliche Institution aber nur bedingt den Vorstellungen Pichots von einer politisch unabhängigen Veteranenvereinigung entsprach. Die Frage nach den »Ergebnissen und Grenzen« des Wirkens von Pichot steht schließlich im Mittelpunkt des dritten Teilabschnitts des Buches, in dem die Reaktionen auf sein Mittlerengagement in der Kriegsveteranenbewegung, in der Presse und in politischen Kreisen beider Länder dargelegt werden. Ergänzend liefert die Autorin hier Informationen zur Position Pichots innerhalb der *Union Fédérale*, die aufgrund seiner engen Kontakte zum nationalsozialistischen Regime verbandsintern durchaus umstritten war. Henri Pichot war kein *collaborateur*, aber die vermeintliche Wertschätzung der *anciens combattants* durch die neuen Machthaber und die gut organisierten Empfänge im Nachbarland beeindruckten ihn und nährten seine Hoffnung auf eine friedliche Verständigung mit Deutschland.

Um die Beweggründe für das Deutschlandengagement Pichots zu erhellen, stützt sich die Verfasserin auf eine Vielzahl von Artikeln und auf unveröffentlichtes Quellenmaterial aus dem Nachlass des Präsidenten der *Union Fédérale*. In den teilweise textanalytisch untersuchten Dokumenten tritt der Friedenswille als Antriebsfeder Pichots zwar deutlich hervor, aber es stellt sich die Frage, ob der allgemeine Hinweis auf seine pazifistische Einstellung eine ausreichende Grundlage bildet, um das konkrete Handeln Pichots im Kriegsveteranenmilieu schlüssig zu erklären. Die Studie beschreibt zwar ausführlich (und bisweilen vergleichend) Pichots politische Einstellung und seine Haltung zu Deutschland, gibt aber wenig Aufschluss darüber, wie und warum Pichot zu diesen Überzeugungen gelangte. Prägende Einflussfaktoren, die z. B. in seinem biographischen Werdegang oder im spezifischen Kontext des Kriegsveteranenmilieus zu suchen wären, werden zu stark ausgeblendet bzw. nicht systematisch mit der Darstellung seiner politisch-intellektuellen Überzeugungen zusammengeführt. Mit ihrer Studie leistet Moreau Trichet dennoch einen schätzenswerten Beitrag zu einem wichtigen Akteur in den deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit.

Während Henri Pichot nach dem Zweiten Weltkrieg rasch in Vergessenheit geriet, blieb der Name von Pierre Viénot Kennern der deutsch-französischen Beziehungen vor allem aufgrund seiner Tätigkeit im Deutsch-Französischen Studienkomitee ein Begriff. Darüber hinaus war über seinen Lebensweg jedoch lange Zeit wenig bekannt. Genau diese Lücke füllt die Arbeit der Historikerin Gaby Sonnabend, die in einer teils chronologisch, teils systematisch angelegten Biografie den wechselvollen Werdegang des Intellektuellen und Politikers nachzeichnet. Pierre Viénot, der aus einer gutsituierten katholischen Familie stammte, war ein typischer Vertreter der *génération du feu*. Knapp achtzehnjährig meldete er sich 1915 freiwillig zum Kriegsdienst, aber seine anfängliche Begeisterung wich rasch der Ernüchterung. Die grausame Erfahrung des Krieges, den er schwer verletzt überlebte, prägte seinen weiteren Lebensweg entscheidend, der durch die beständige Suche nach einer neuen, den Nachkriegsrealitäten entsprechenden Ordnung gekennzeichnet war. Über die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg bildete die Friedenssicherung die Maxime seines politischen Denkens und Handelns, das während eines zweijährigen Marokko-Aufenthalts konkrete Gestalt annahm. Als enger Mitarbeiter im Zivilkabinett von General Lyautey lernte Viénot eine auf Respekt und dem Prinzip des wechselseitigen Kennenlernens basierende Protektoratspolitik kennen, die für ihn ein richtungsweisendes Modell zur Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen war. Zudem verschaffte ihm sein Mentor Lyautey Zugang zu Intellektuellenkreisen, in denen schon zu Beginn der 1920er Jahre die Möglichkeiten des Dialogs zwischen Deutschland und Frankreich diskutiert wurden, wie die *Union pour la Vérité*, die Dekaden von Pontigny und der Kreis um die Luxemburger Familie Mayrisch. Die Verfasserin des Buches arbeitet präzise den Einfluss dieser intellektuellen Milieus auf Viénots Verständigungskonzeption der »sécurité par la compréhension d'autrui« (S. 94) heraus, in die auch die Erfahrungen aus Viénots Deutschlandaufenthalten in den Jahren 1922/23 einfließen.

Die Gelegenheit, seine Verständigungsideen in die Tat umzusetzen, bot sich ihm schließlich als Leiter des Berliner Büros des Mayrisch-Komitees, das sein Schwiegervater, der Luxemburger Schwerindustrielle Émile Mayrisch, als elitäres Austauschforum 1926 ins Leben gerufen hatte. Auf der Grundlage bisher unzugänglicher Quellen beschreibt die Autorin anschaulich die Funktionsweise des Studienkomitees, in dem sich Viénot intensiv um die Informationsarbeit in Deutschland kümmerte. Viénots Auffassung, dass der deutsch-französische Konflikt in erster Linie durch wechselseitige Unkenntnis und weniger durch politische Interessengegensätze bedingt sei, war indes im Komitee nicht unumstritten. Nach internen Streitigkeiten verließ er 1930 das Studienkomitee und veröffentlichte ein Jahr später als Resümee seiner jahrelangen Deutschlanderfahrungen das Buch *Incertitudes allemandes* (1931, dt. Neuaufl. 1999). In ihm wird deutlich, dass Viénots



Befassung mit Deutschland nicht nur dem Motiv der Friedenssicherung geschuldet war, sondern dass es gerade die politisch-kulturellen »Ungewissheiten« des Nachbarlandes waren, die ihn faszinierten und in seinen Augen wertvolle Impulse für den politisch-gesellschaftlichen Modernisierungsprozess im eigenen Land liefern konnten. Viénots Suche nach einem eigenen geistigen und politischen Standort wird von der Autorin in einem gesonderten Kapitel ausführlich behandelt. Sie führte den jungen Intellektuellen über eine gleichermaßen intensive wie kritische Auseinandersetzung mit den französischen Neuerungsbewegungen der Zwischenkriegszeit (insbesondere den Nonkonformisten, den *Jeunes Turcs* sowie den Vertretern der *Révolution constructive*) auf einem »langen Weg nach links« (S. 265) schließlich in die Reihen der Sozialistischen Partei, der er 1937 beitrug. Während seiner Karriere als Berufspolitiker setzte er sich (u. a. 1934 als französischer Delegierter bei der Genfer Abrüstungskonferenz) für Rüstungskontrollen und ein kollektives Sicherheitssystem als Mittel gegen Hitlers Expansionsdrang ein. Obwohl Viénot keine Illusionen über die kriegerischen Intentionen des Diktators hegte, konnte und wollte er aufgrund seiner Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg den Krieg nicht als ultima ratio im Kampf gegen das »Dritte Reich« in Betracht ziehen. Dass ein Diktator sich aber kaum freiwillig auf internationale Vereinbarungen einlassen würde, die seine erklärten außenpolitischen Ziele konterkarierten, erkannte Viénot – so Sonnabend – offenbar nicht. Dieses »Dilemma zwischen scharfsichtiger Analyse und inadäquaten Handlungsanleitungen« (S. 429) war in den 1930er Jahre charakteristisch für Viénots Einstellung gegenüber dem Nachbarland. Bei Kriegsausbruch sah er es als seine patriotische Pflicht an, Deutschland mit unnachgiebiger Härte entgegenzutreten, die Tolerierung der Vichy-Regierung war für ihn undenkbar. Stattdessen schloss er sich der Widerstandsbewegung *Libération-Sud* an, in der er mit publizistischen Mitteln gegen die neue französische Regierung ankämpfte. Seiner drohenden Verhaftung entzog er sich im April 1943 durch die Flucht nach London, wo er rasch zu einem Vertrauten de Gaulles aufstieg. In seiner Funktion als französischer Botschafter des Freien Frankreichs in London übernahm er eine wichtige Mittlerrolle in den Gesprächen zwischen de Gaulle und Churchill, in denen es um die offizielle Anerkennung des *Comité Français de la Libération Nationale* als künftige Autorität im befreiten Frankreich ging. Viénot selbst konnte keinen aktiven Part mehr in der Gestaltung Nachkriegsfrankreichs übernehmen: Er starb im Juni 1944.

Das kurze, aber ereignisreiche Leben Pierre Viénots wird von Gaby Sonnabend auf breiter Quellengrundlage anschaulich nachgezeichnet. Um den »Grenzgänger zwischen Kultur und Politik, zwischen intellektuellem Milieu und dem Feld der Politik« (S. 435) angemessen erfassen zu können, hat die Autorin einen originellen methodischen Zugriff gewählt: Viénots außenpolitische Aktivitäten werden mit dem bewährten diplomatiegeschichtlichen Instrumentarium analysiert, während für seine Rolle als Intellektueller neuere Ansätze aus der französischen Intellektuellenforschung Anwendung finden. Gerade diese die Chronologie der Vita durchbrechenden Abschnitte überzeugen, da sie Viénots intellektuellen Werdegang und die Motivlagen seines Deutschlandinteresses durch generationelle und milieuspezifische Einordnungen einleuchtend erklären. Sie bilden auch eine wichtige Hintergrundfolie, um das dann auf offizieller Ebene manifest gewordene außenpolitische Handeln Viénots nachvollziehen zu können. Ihrem Anspruch, eine »intellektuell-politische Biographie« (S. 19) zu schreiben, ist die Autorin damit methodisch und inhaltlich in hohem Maß gerecht geworden.

Das gemeinsame Verdienst beider Arbeiten besteht darin, dass sie am Beispiel von Henri Pichot und Pierre Viénot die Vielschichtigkeit der deutsch-französischen Beziehungen der 1930er Jahre belegen. Die Studien verdeutlichen einmal mehr, dass die bloße Unterscheidung zwischen *collaborateurs* und *résistants* kein ausreichender Maßstab ist, um Komplexität und partielle Widersprüchlichkeit im Denken und Handeln dieser Protagonisten angemessen erklären zu können.

Katja Marmetschke, Kassel

Adelheid von Saldern (Hrsg.) unter Mitarbeit von Alice von Plato/Elfie Rembold/Lu Seegers, *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten* (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Bd. 1), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2003, 420 S., geb., 68,00 €;

Adelheid von Saldern (Hrsg.) unter Mitarbeit von Lu Seegers, *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935–1975)* (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Bd. 2), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2005, 498 S., geb., 80,00 €.

Mehr als 900 Seiten Stadtgeschichte in zwei Bänden mögen bei potentiellen Lesern zunächst Abwehrreflexe auslösen, zumal Stadtgeschichtsschreibung lange Zeit nicht eben als besonders innovatives Feld der Historiografie galt. Eher schon lagen Assoziationen an lokale Meistererzählungen einzelner Städte nahe, denen es zumeist an historischer Kontextualisierung mangelte. Im Falle der nun von Adelheid von Saldern vorgelegten Bände, die zugleich eine neue Publikationsreihe der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) begründen, sind solche Bedenken jedoch gänzlich fehl am Platze. Vielmehr lesen sie sich wie ein Gegenentwurf zu überkommenen Formen von Stadtgeschichte; vorgelegt wird eine kritische, theoretisch reflektierte Gesellschafts- und Kulturgeschichte, die den »großen Fragen« des 20. Jahrhunderts nach Herrschaftsformen, Ideologien und sozio-kulturellem Wandel auf lokaler, mikrohistorischer Ebene nachgeht.

Gerade ein solch weitgespannter Anspruch, der über die exemplarischen Geschichten hinauszielt, bedarf allerdings einer konsequenten Engführung, damit sich die unterschiedlichen Fallgeschichten nicht in Beliebigkeit verlieren. Im Mittelpunkt steht hier die Frage nach Repräsentanz und Performanz von Herrschaft im lokalen Raum. Diese Fragestellung liegt vor allem im Hinblick auf Diktaturen nahe: Wie schlug sich ihr umfassender Herrschaftsanspruch auf lokaler Ebene nieder? Wie autonom konnten Städte agieren? Wie weit reichten Integration und Arrangement der Bevölkerung, und lassen sich Formen lokaler Resistenz gegen die zentralstaatlichen Zumutungen feststellen? Solche Fragen schließen teilweise an die jüngere regionalgeschichtliche Diktaturforschung zum Nationalsozialismus und zur DDR an und beziehen sie erstmals konsequent auf die Stadtgeschichte. Das ist schon deshalb überfällig, weil regionale und lokale politische Identitäten in ihrer politischen Bedeutung nicht geringer zu veranschlagen sind als die zumeist in diesem Zusammenhang strapazierten nationalen. In der Zuspitzung auf Herrschaft und die damit verbundenen Formen gesellschaftlicher Interaktion, spiegelt sich zweifellos auch die Genese des Projektes, das im Rahmen des Förderschwerpunktes »Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts« der VolkswagenStiftung entstanden ist.

Untersucht werden insgesamt zwölf recht unterschiedliche deutsche Städte in drei politischen Systemen des 20. Jahrhunderts, dem Nationalsozialismus, der DDR und der Bundesrepublik. Der Schwerpunkt liegt dabei – wie bereits angedeutet – klar auf den Diktaturen: Der erste Band ist ausschließlich sieben DDR-Städten gewidmet, von den acht Aufsätzen des zweiten Bandes (plus jeweils sehr ausführlicher Einleitung bzw. Grundlegung und Zusammenfassung der Herausgeberin) beschäftigen sich jeweils drei mit der NS-Zeit und der Bundesrepublik, die beiden übrigen untersuchen vergleichend lokale Selbstdarstellungen im »Dritten Reich« und in der DDR. Ausgehend von der DDR wurden jeweils eine diachrone und eine synchrone Vergleichsebene erschlossen. Dies schlägt sich auch in der Stadtauswahl nieder: Die meisten untersuchten Städte liegen in der ehemaligen DDR, Städte aus dem Westen Deutschlands sind nur schwach, aus dem Süden gar nicht vertreten. Hier Repräsentativität zu erwarten wäre kaum sinnvoll; ein solcher Anspruch wird auch allenfalls für die DDR erhoben (vgl. Bd. 2, S. 25). Neben die Stadtauswahl tritt eine deutliche zeitliche Profilierung: Im Mittelpunkt stehen die 1960er und teilweise auch 1970er Jahre, für den Nationalsozialismus die Vorkriegszeit als vergleichsweise »normale« Phase.

Obwohl die Fragen, um die es letztlich geht, weit über den Horizont einzelner Ereignisse hinausgehen und die Herausgeberin in ihren einführenden und abschließenden Abschnitten zu beiden Bänden die Einzeluntersuchungen jeweils in einen breiten historischen Kontext einordnet, konzentriert sich das Forschungsdesign ganz auf herausragende Einzelereignisse wie städtische Feiern und insbesondere Stadtjubiläen. Ereignisforschung gleiche, so von Saldern, »dem Anlegen von Sonden an den Untersuchungsgegenstand« mit dem Ziel, »punktuell die Tiefe des historischen Raums auszuloten«. Zwar könne diese breite Alltags- und Erfahrungsanalysen nicht ersetzen, doch sei man mit dem »Bohrinstrument« in der Lage, relativ schnell in »Tiefenbereiche« der Gesellschaft vorzudringen (Bd. 2, S. 17). Während diese Argumentation also vor allem auf die pragmatische Ebene zielt, wird die Konzentration auf Feiern und die damit einhergehenden Inszenierungen, an anderer Stelle mit deren Funktion als Identifikationsangebote und Praxisformen von Vergemeinschaftung begründet: Feste und Feiern böten die Möglichkeit, daran Fragen nach dem »inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft« anzuschließen (Bd. 1, S. 36 ff.). Beide Argumente sind jeweils für sich hochplausibel. Und doch scheint dem Rezensenten eine gewisse Spannung zwischen den weitreichenden Erklärungsansprüchen einerseits und dem recht engen thematischen Zugriff über Stadtfeiern andererseits zu liegen. Was, wenn die Integrationsfähigkeit von Herrschaft sich auf lange Sicht eher im Alltäglichen, Unspektakulären erwiese als im Zuge herausragender Inszenierungen?

Der erste Band konzentriert sich, wie schon erwähnt, auf die DDR. Zu Recht weist von Saldern in ihrer Einleitung darauf hin, dass Stadtgeschichte hier noch ein weitgehendes Desiderat darstellt, weil sich die Forschung bisher vor allem auf die staatliche und die betriebliche Ebene konzentriert hat. Deutlich wird hier zum einen der Anspruch, dieses Feld im Hinblick auf die neueren Debatten um den Charakter der DDR zu bearbeiten, die das neo-totalitaristische Deutungsmuster hinter sich gelassen haben. Zum anderen wird, begrifflich wie theoretisch, ein weites Spektrum geöffnet, das von der Bedeutung von Inszenierungen und Identitätsangeboten über Herrschaftsrepräsentationen bis hin zu Fragen der Rezeption und Aneignung reicht. Die jeweils relevante sozialwissenschaftliche und zeithistorische Literatur wird hier konzise zusammengefasst und für den Untersuchungsgegenstand produktiv erschlossen. Obwohl durchaus disparate methodische Ansätze und Begriffe aufgerufen und diskutiert werden, kristallisiert sich unter dem Strich ein moderat kultur- bzw. diskursgeschichtlicher Zugang heraus, bei dem etwa Fragen von Zeitbezügen, die Organisation von Geschichtserzählungen sowie erinnerungskulturelle Aspekte von großer Bedeutung sind.

Eingelöst wird diese Programmatik von *case studies* aus der Feder dreier Autorinnen. Zunächst untersucht Lu Seegers die Rostocker Ostseewoche und das Magdeburger Elbfest, das später durch die Magdeburger Kulturfesttage ersetzt wurde. Alice von Plato nimmt anschließend die Einweihung und vor allem die Vorgeschichte des monumentalen Marx-Denkmal im schon 1953 in Karl-Marx-Stadt umbenannten Chemnitz in den Blick und analysiert die Geschichte der Internationalen Gartenbauausstellung (iga) in Erfurt. Ferner beschäftigt sie sich mit der feierlichen Ernennung der Eichsfeld-Gemeinde Leinefelde zur Stadt im Jahr 1969 und dem Ortsjubiläum, das dort acht Jahre später, also 1977 gefeiert wurde. Schließlich folgen zwei Aufsätze von Elfie Rembold, die sich mit dem Leipziger Stadtjubiläum 1965 bzw. der Jubiläumsmesse aus gleichem Anlass im selben Jahr befassen. Eine ausführliche Zusammenfassung der Ergebnisse durch die Herausgeberin schließt den ersten Band ab.

Hier ist nicht der Platz, die Ergebnisse im Einzelnen zu rekapitulieren. Verwiesen sei jedoch auf einige Grundprobleme, die sich mehr oder minder durch alle Aufsätze ziehen. Einer der Grundzüge ist das gespannte Verhältnis von Stadt und Zentralstaat, das sich aus dem umfassenden Verfügungs- und Homogenisierungsanspruch der Diktatur auf der einen Seite und den Städten als traditionellen, gewachsenen und lebensweltlich verankerten,

politisch aber nahezu einflusslosen Einheiten auf der anderen Seite ergab. Immer wieder zeigen sich hier Reibungen wie z. B. in Rostock, wo, wie Lu Seegers illustriert, im Zuge der Ostseewoche das städtische Interesse an einer Darstellung der 750jährigen Stadtgeschichte hinter der staatlichen Inszenierung der DDR als angeblichem Hort von Frieden und Wohlstand zurückstehen musste. Meist kam den Städten nur die Funktion zu, das »Weltniveau« der DDR vor Ort zu veranschaulichen. Als Faustregel lässt sich gleichwohl aufstellen, dass, je stärker das Staatsinteresse an einer Veranstaltung war, desto geringer waren die Chancen der Städte, ihre lokalen Interessen und Sichtweisen durchzusetzen bzw. zu artikulieren. Ironischerweise nützte es den Städten gleichsam wenig, wenn sich Berlin und die Bezirksebene nicht einmischten: Dann fehlte es den Kommunen nicht selten an den notwendigen finanziellen Mitteln, um erfolgreiche Veranstaltungen auf die Beine zu stellen.

Ein zweiter hochinteressanter, mehr oder minder konstanter Aspekt ist das Verhältnis zu Vergangenheit und Zukunft, dem in allen Inszenierungen zentrale Bedeutung zukommt, weil, wie Aleida Assmann bemerkt hat, die Gegenwart ohne Ausdehnung ist, und den Menschen »folglich keinen Halt« bietet (Bd. 2, S. 56). Die 1960er Jahre erweisen sich hier in der DDR ein weiteres Mal als Zeit, in der der Glaube an die sozialistische Utopie und damit auch an die Zukunft noch lebendig war. Pointiert brachte dies der offizielle Slogan anlässlich des 800-jährigen Leipziger Stadtjubiläums 1965 auf den Punkt: »20 Jahre sind mehr als 780« (Bd. 1, S. 336). Hier wurden die 20 Jahre DDR als Geschichte von Wohlstand, Fortschritt und Glück von der vorgeblich »dunklen« Vorgeschichte abgesetzt, der man, so die lakonische Botschaft, nicht nachtrauern brauche. Den Wert städtischer Tradition veranschlagte man seinerzeit selbst bei den kommunalen Funktionsträgern vor Ort offenbar als nicht sehr hoch, wie uns Elfie Rembold in ihrem Beitrag eindrucksvoll vorführt.

Von besonderem Interesse ist schließlich die Studie Alice von Platos über die kleine Gemeinde Leinefelde im Eichsfeld, weil es sich hier um eine ländlich-katholische Region handelt, in der sich die Durchsetzung der SED-Herrschaft besonders zäh gestaltete. Die Versuche, das traditionelle Milieu mittels Industrialisierung und Marginalisierung der katholischen Urbevölkerung zu schwächen und aus Leinefelde die »erste sozialistische Stadt des Bezirks Erfurt« zu machen, blieben zumindest ambivalent. Einerseits zeigt sich, dass der wachsende Wohlstand im Zuge der Ansiedlung eines großen Textilwerkes auch von den traditionellen Einwohnern positiv empfunden wurde, andererseits brachte dies keineswegs die erhoffte politische Mobilisierung mit sich. Wie defensiv die Partei hier auch in den 1970er Jahren noch agieren musste, zeigt die Tatsache, dass man die Formulierung »sozialistische Stadt« offiziell zurückzog und durch den Begriff »Stadt im Sozialismus« ersetzte (Bd. 1, S. 272 f.).

Der zweite Band bricht mit dem engen DDR-Bezug und eröffnet Vergleichsebenen zu Stadtjubiläen im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik. Neben der Einleitung ist hier ein grundlegender Aufsatz der Herausgeberin vorangestellt, in dem die wichtigsten Dimensionen des Themas »städtische Repräsentationen« vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts ausgebreitet werden. Zur Untersuchung der gezielten Stadtimage-Politik und deren Trägern (vor allem der Kommunalbürokratie und des örtlichen Bildungsbürgertums) treten auch hier die Analyse von Zeithorizonten und der daran geknüpften städtischen *master narratives* sowie von Fragen nach gesellschaftlicher Integration in den unterschiedlichen politischen Systemen. Wie schon im ersten Band imponiert auch hier die Menge der verarbeiteten Literatur, vor allem aber die Weite der Perspektive: Das Thema Städte und Repräsentationen wird hier vor dem Hintergrund zentraler Kategorien und Begriffe einer Geschichte der Moderne im 20. Jahrhundert diskutiert.

Der zweite Abschnitt des Buches widmet sich drei Städten während der NS-Zeit. Alice von Plato schreibt hier über die 700-Jahr-Feier in Gera 1937, Elfie Rembold über das an traditionelle, bürgerliche Traditionen anknüpfende »Reichsbachfest« des Jahres 1935 und

Lu Seegers widmet sich den »Rostocker Kulturwochen«, die 1934 bis 1939 in der alten Hansestadt stattgefunden haben. Gemeinsam ist den Ereignissen, dass es sich um Inszenierungen von Harmonie und Konsens handelte, mit deren Hilfe die nun vorgeblich existierende »Volksgemeinschaft« auf lokaler Ebene erfahrbar und emotional erlebbar gemacht werden sollte. Die »neue Zeit« wurde als Überwindung überkommener Konflikte vorgeführt, selbst der Gegensatz zwischen Lokalem und Nationalem schien aufgehoben. Möglich wurde dies, weil es gelang, an traditionelle Formen und Inhalte der Feierkultur anzuknüpfen und sie im eigenen Sinne zu überformen, ohne die traditionellen bürgerlichen Eliten zu verprellen. Die Kehrseite der Medaille war selbstredend die damit verbundene Ausgrenzung von Juden und anderen missliebigen Bürgern.

Im dritten Kapitel wird diese Perspektive zum direkten Diktaturenvergleich geweitet. Lu Seegers und Elfie Rembold untersuchen hier vergleichend lokale Selbstdarstellungen von Zwickau und Guben anhand verschiedener Stadtjubiläen der NS- und der DDR-Zeit. Weniger überraschend sind dabei die unterschiedlichen, ideologisch und politisch »passfähigen« Erzählungen der jeweiligen Stadtgeschichten: Wurde etwa in Zwickau während des Nationalsozialismus das Mittelalter als Verkörperung volksgemeinschaftlichen Konsenses dargestellt, lag der Akzent in der DDR auf der frühen Neuzeit als vermeintlich revolutionärer Epoche. Hier wie dort war die Vergangenheit im wesentlichen Projektionsraum für gegenwartsbezogene Postulate. Jenseits der Inhalte zeigt sich, dass es der NSDAP sehr viel besser gelang, die vorhandene lokale Traditionspflege für eigene Zwecke zu nutzen als später der SED, deren Vertreter spürbar weniger Flexibilität im Umgang mit dem Vorhandenen aufbrachten. Hinzu kam, dass letztere verstärkt auf Belehrung in Form »kultureller Massenarbeit« setzten, während erstere von Anfang an viel Wert auf die Ästhetik der Inszenierungen legten, wie Rembold am Beispiel Gubens ausführt.

Die Brüche des 20. Jahrhunderts brachten es mit sich, dass Stadtjubiläen häufig zu Feiern der »jeweils neuen Zeit« gerieten (Bd. 2, S. 456). Das gilt in gewisser Weise auch für die untersuchten bundesrepublikanischen Feiern bzw. Ereignisse in Lüdenscheid, Wilhelmshaven und Hannover, die von Uta C. Schmidt, Thomas Siemon und Lu Seegers analysiert werden. Auf den ersten Blick war der Unterschied zwischen den lokalen Inszenierungen in der DDR und in der Bundesrepublik nicht groß: Überall dominierten Darstellungen des Wiederaufbaus und der erreichten sozialen und materiellen Standards, mithin »Symbole des Aufstiegs« (Bd. 2, S. 458). Während allerdings in der DDR Städte vor allem als Verkörperungen der staatlichen Meistererzählung zu funktionieren hatten, scheint das Verhältnis in der Bundesrepublik eher umgekehrt gewesen zu sein: Hier waren es die Städte selbst, die den Mythos des »Wirtschaftswunders« auf die lokale Ebene transformierten, um von seiner mächtigen Integrationskraft profitieren zu können. Davon abgesehen zeigen sich auch in der Bundesrepublik Kontinuitäten der politischen Kultur in Deutschland: Die traditionelle Konsensorientierung bestimmte zumindest bis in die 1960er Jahre auch die Inszenierungen im Westen, an die Verwerfungen der Vergangenheit wollte die saturierte »Mittelschichtsgesellschaft« offenkundig kaum erinnert werden.

Obwohl, wie Herausgeberin von Saldern in ihrer analog zum Grundlagenkapitel geschriebenen Zusammenfassung bemerkt, erhebliche Diskrepanzen zwischen der »großartig inszenierten Stadtbedeutung« und den de facto in allen politischen Systemen recht eingeschränkten Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten der Kommunen bestehen (Bd. 2, S. 456), erwiesen sich die Städte im Zuge der Untersuchungen doch nicht als so machtlos, wie zunächst angenommen. Tatsächlich ist der Staat nun einmal »unsichtbar« (Michael Walzer) und braucht daher die Städte als Verkörperungen seiner Erfolge »vor Ort«. Zumindest auf symbolischer Ebene ist daher der Staat auch abhängig von den Städten, nicht etwa nur umgekehrt.

Nicht immer wird ganz deutlich, wie breitere Bevölkerungsschichten mit den ausführlich beschriebenen Identitätsangeboten umgegangen sind. Zwar ist spürbar, dass der »Event-

Charakter« der Stadtfeiern einschließlich der zahlreichen Unterhaltungsangebote zu allen Zeiten als willkommene Abwechslung geschätzt wurde. Dabei wurden die Feiern aber zu meist als unpolitische Ereignisse wahrgenommen. Wie belastbar somit Plausibilitätsannahmen im Hinblick auf Herrschaftsstabilisierung sind, bleibt oft unklar. Dabei handelt es sich jedoch um ein generelles Problem, das mit dem Mangel an aussagefähigen Quellen zusammenhängt. Wenn sie, selten genug, doch einmal Auskunft geben, dann sind diese Aussagen kaum verallgemeinerbar.

Unter dem Strich liegt mit den beiden Bänden eine umfassende, differenziert argumentierende Geschichte städtischer Repräsentationen in den beiden deutschen Diktaturen und in der alten Bundesrepublik vor. Der Zugang über die Festkultur akzentuiert zweifellos die demonstrativen Integrationsangebote, während alltägliche Aspekte wie z. B. Wohnqualität und Versorgung eher am Rande in den Blick geraten. Für zukünftige Generationen von Stadthistorikern bleibt also durchaus noch etwas zu tun – dabei werden jedoch die beiden Bände aus der Hannoveraner Schule immer zur Hand sein müssen.

*Christoph Classen, Potsdam*

Stefan Berger/Norman LaPorte (Hrsg.), *The Other Germany. Perceptions and Influences in British – East German Relations, 1945–1990* (Arbeitskreis Deutsche England-Forschung, Bd. 52), Wißner-Verlag, Augsburg 2005, 343 S., broschiert, € 39,80.

Dieser Band ist der zweite in dieser Schriftenreihe, der sich ausschließlich mit den Beziehungen zwischen Großbritannien und der DDR beschäftigt. 2002 erschien der Band *Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a divided World*, von Arnd Bauerkämper herausgegeben, der aus den Beiträgen einer Tagung im November 2000 im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam zusammengestellt wurde. Dieser Band befasste sich fast ausschließlich mit den politischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der DDR, während die Beiträge in dem obigen Band, die 2003 auf einer Konferenz an der Universität von Glamorgan in Wales vorgetragen wurden, breiter gefasst sind und gleichzeitig einen besonderen Schwerpunkt auf Kultur und Film legen.

Aufgeteilt ist der Band in drei Bereiche. Er beginnt mit Beiträgen über den internationalen Kontext, Darren Lilleker über die britische Linke und Osteuropa, Arnd Bauerkämper und Detlev Nakath über das Dreieck Großbritannien, DDR und Bundesrepublik, und Anthony Glees über die Rolle der Stasi in Großbritannien. Herausgestellt wird hier die relative Bedeutungslosigkeit der offiziellen Beziehung zwischen Großbritannien und der DDR, verglichen mit der Beziehung Großbritannien – Bundesrepublik. Vor 1973 war man, besonders auf DDR Seite, mit der Frage der Anerkennung beschäftigt. Dies nutzte Harald Wilson, um mit Anerkennung der DDR zu drohen, als er Unterstützung von der westdeutschen Regierung für den Beitritt Großbritanniens zur EWG erreichen wollte. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen 1973 änderte wenig an dieser Situation. Für die DDR war Frankreich immer wichtiger als Großbritannien; während Paris in den 1980er Jahren ein DDR-Kulturzentrum in Berlin eröffnen konnte, gelang dies Großbritannien nie. Ein britisches Kulturzentrum in Ostberlin war für die DDR zu gefährlich; es entwickelten sich genug Probleme mit dem französischen Kulturzentrum in Berlin. Daher fehlte es der DDR nach der Anerkennungswelle von 1973/74 an dem Selbstbewusstsein, das für einen offenen politischen und kulturellen Austausch erforderlich war. Anthony Glees hat dieses Fehlen eines normalen und offenen diplomatischen und politischen Austausches zwischen britischen und ostdeutschen Instanzen zugespitzt ausgedrückt: »None of the diplomats in 34 Belgrave Square – the GDR embassy in London – played any decisive role in overt British – GDR relations« (S. 76–77). Für die DDR, laut Glees, waren volle diplomatische

Beziehungen zwischen Großbritannien und der DDR nur insofern wichtig, als dass sie für die Aktivitäten der Stasi genutzt werden konnten: »British – GDR relations were, from the East German viewpoint, more about the Stasi than anything else.« (S. 75) Das kann als übertrieben betrachtet werden, doch findet sich Wahres in dieser Aussage.

Diese Perspektive schließt aber die verschiedenen Ebenen der Wechselbeziehungen zwischen Großbritannien und der DDR aus, die für Gleys verdächtig waren, zum Beispiel die kulturellen Beziehungen, gefördert durch die Freundschaftsgesellschaft und Wissenschaftler an verschiedenen Universitäten, die die DDR in ihren Kursen behandelten oder Studentenaufenthalte förderten. Hier sind die individuellen Initiativen, die zu engerem Kontakt mit der DDR führten, besonders interessant.

Diese sind vor allem in den von Bert Hogenkamp und Martin Brady/Helen Hughes verfassten Beiträgen über Film zu finden. Das Dokumentarfilmprojekt zwischen Rostock und Newcastle gibt ein interessantes Beispiel für einen Berührungspunkt zweier Kulturen, der zu aufschlussreichen und unerwarteten Ergebnissen führte. Beide Filmgruppen kamen aus der »linken Ecke«, aber die Erwartungen waren gänzlich verschieden. Dieses Problem der Verständigung zwischen der Linken in Großbritannien und DDR-Institutionen ist in vielen Beiträgen zu finden; in dem über die Gewerkschaften (Stefan Berger/Norman La Porte), über die Friedensbewegung (John Sandford) sowie über die Beziehung zwischen der Labour Party und der DDR (Henning Hoff). Sogar in der kommunistischen Partei Großbritanniens und der Freundschaftsgesellschaft (Beitrag von Sheila Taylor) existierten politische Differenzen und unterschiedliche Ziele, besonders nachdem die CPGB einen eurokommunistischen Kurs eingeschlagen hatte. DDR-Institutionen waren entweder zu unsicher oder zu dogmatisch, um eine reife Partnerschaft zu entwickeln und in einer gespaltenen Welt war es schwierig für britische Gruppen oder Institutionen fruchtbare Beziehungen mit der DDR zu entwickeln. Dass es in einigen Fällen gelang, scheint eher zufällig. Am Ende waren die Feindlichkeiten des Kalten Krieges zu stark, um ein positives Verhältnis aufzubauen, und britische Einzelpersonen oder Institutionen, die die DDR näher kennen lernen wollten, stießen in ihrer Heimat oft auf Unverständnis und Misstrauen. Dieser Band bringt interessante Einblicke in dieses widersprüchliche Verhältnis.

*Peter Barker, Reading*

Carlos Sanz Díaz, »Clandestinos«, »Ilegales«, »Espontaneos« ... La emigración irregular de españoles a Alemania en el contexto de las relaciones hispano-alemanas, 1960–1973 (»Heimliche«, »Illegale«, »Spontane« ... Die ungeregelte Auswanderung von Spaniern nach Deutschland im Kontext der spanisch-deutschen Beziehungen 1960–1973), (Cuadernos de Historia de las Relaciones Internacionales 4), Comisión Española de Historia de las Relaciones Internacionales, LAVEL S. A., Madrid 2004, 128 S., Pb.

Diese 2003 mit dem ersten Preis für Nachwuchswissenschaftler der Spanischen Kommission für die Geschichte der Internationalen Beziehungen ausgezeichnete Dissertation erhebt den Anspruch, Migrations- und Diplomatiesgeschichte miteinander zu verknüpfen, indem sie schwerpunktmäßig die Wechselwirkungen der spanischen Arbeitsmigration in die Bundesrepublik während der Ära Franco mit den diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Anlass zu Spannungen zwischen beiden Staaten gab die illegale Einwanderung nach Deutschland, wobei spanische und deutsche Behörden »Illegalität« unterschiedlich definierten. Darüber hinaus kann der Autor zeigen, wie divergierende Interessen innerhalb der Bundesregierung – zwischen den einzelnen Ressorts und ihren nachgeordneten Behörden – die deutsche Position gegenüber Spanien bestimmten.

Der Autor hat für seine Arbeit überwiegend Quellen aus dem Bundesarchiv und dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes sowie dem Spanischen Nationalarchiv genutzt. Darüber hinaus hat er deutsche und spanische Zeitungen, das Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeit und das spanische Staatsbulletin ausgewertet. Die Perspektive ist die der staatlichen Bürokratie, was durchaus dem Erkenntnisinteresse der Arbeit entspricht.

Deutschland spielte für die spanische Auswanderung ins europäische Ausland eine nicht unerhebliche Rolle und stand im Untersuchungszeitraum hinter Frankreich an zweiter Stelle, zeitweise sogar an erster. Spanische Gastarbeiter stellten in Deutschland 1966 bis 1967 hinter den Italienern und Griechen die drittstärkste nationale Gruppe, bevor ab 1968 vermehrt jugoslawische und türkische Gastarbeiter ins Land kamen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass sich der exakte Umfang der illegalen Zuwanderung aus Spanien bestenfalls annäherungsweise bestimmen lässt, wobei der Anteil der völlig ohne behördlichen Nachweis wie Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis erfolgten Einwanderung ohnehin im Dunkeln bleibt. Spanische Wissenschaftler schätzen, dass 35 % der Einwanderung nach Deutschland zwischen 1960 – dem Abschluss des Anwerbevertrages mit Spanien – und 1971, vorbei an den staatlichen Anwerbungsinstanzen, als Einreise mit Sichtvermerk der deutschen Konsulate in Spanien, stattfand.

Der Autor stützt sich bei seiner Analyse der deutschen Anwerbe- und Einwanderungspolitik auf die wegweisende, bereits 1981 erschienene Arbeit von Knuth Dohse über Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland.<sup>3</sup> Zugespitzt formuliert könnte die vorliegende Dissertation als spanische Fallstudie zum Standardwerk Dohses bezeichnet werden. Von Dohse übernimmt der Autor die zeitgenössische deutsche Definition der vier Wege der Einreise nach Deutschland. Der erste Weg war das staatliche Anwerbungsverfahren, wie im Anwerbeabkommen vorgesehen. Nur diesen Weg akzeptierte die spanische Regierung als legal. Der zweite Weg war die Einreise mit Sichtvermerk der deutschen Konsulate, der die Arbeitsaufnahme in Deutschland nicht untersagte. Aus deutscher Sicht waren beide Wege legal, weil sie das Grundprinzip der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik, nach dem nur Ausländer einreisen durften, die bereits auf einen bestimmten Arbeitsplatz zugelassen waren, beachteten. Wer hingegen die dritte Möglichkeit nutzte – als Tourist einreiste und anschließend die Arbeitsmarktzulassung beantragte – oder sogar ohne jeglichen Kontakt mit deutschen Behörden eine Arbeit aufnahm (der vierte Weg), galt auch in den Augen der deutschen Behörden als »Illegaler«.

Grundlage für die Abgrenzung zwischen legaler und illegaler Auswanderung aus Spanien bildeten zum einen zwei nationale spanische Gesetze (Gesetz über die Grundlagen der Auswanderung von 1960; Gesetz zur Regelung der Auswanderung von 1962), zum anderen gab das am 29. März 1960 geschlossene Anwerbeabkommen zwischen Spanien und der Bundesrepublik Deutschland den legalen Rahmen vor. Auswanderung, die nicht über das spanische 1956 gegründete Institut für Auswanderung (IEE) und die deutsche Anwerbekommission lief, wertete die spanische Regierung fortan als »heimliche« oder illegale Auswanderung. Dahinter stand das Bestreben, dem spanischen Arbeitsmarkt möglichst nur gering oder gar nicht qualifizierte Arbeitskräfte zu entziehen.

Der Autor gliedert seine Arbeit – neben Einleitung und Schlusskapitel – in sechs große Kapitel. Im ersten Kapitel erläutert er im Detail, welche Möglichkeiten es für Spanier gab, nach dem Anwerbeabkommen als »Gastarbeiter« nach Deutschland zu gehen, und wie die von der deutschen Bürokratie und Öffentlichkeit unterschiedenen Wege der Zuwanderung im Einzelnen aussahen. Im Mittelpunkt des zweiten Kapitels steht der Anwerbevertrag vom März 1960 mit Spanien. Dabei geht der Autor auch auf die damalige Arbeits-

3 Knuth Dohse, *Ausländische Arbeiter und Bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland*, Königstein/Taunus 1981, Berlin 1985.



marktsituation in Spanien und Deutschland ein, die das Zustandekommen des Anwerbeabkommens begünstigten: in Spanien eine unkontrollierte Abwanderung – auch von qualifizierten, gut ausgebildeten Kräften, in Deutschland ein Mangel an Arbeitskräften in Zeiten des »Wirtschaftswunders«. Wie sich das Anwerbeabkommen auf die drei Wege der Zuwanderung in die Bundesrepublik konkret auswirkte, wird ausführlich analysiert. Es stellte sich schnell heraus, dass sich die Erwartungen der spanischen Regierung an das Anwerbeabkommen nicht erfüllten: Die Einreise mit Sichtvermerk der deutschen Konsulate und die als Tourist blieben auch nach dem Frühjahr 1960 die am stärksten genutzten Möglichkeiten des Zuzugs spanischer Arbeiter in die Bundesrepublik. Besonders weibliche spanische Arbeitsmigranten, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt begehrt waren, denen jedoch in Spanien zahlreiche Hindernisse für die Abwanderung in den Weg gestellt wurden, sahen in der illegalen Auswanderung zumeist die einzige Möglichkeit, Spanien zu verlassen. Mit der Arbeitsmigration gewannen sie auch ein Stück Emanzipation. Die spanischen Gesetze schrieben vor, dass Frauen unter 21 Jahren nur in Begleitung eines Verwandten – also meistens der Eltern – ins Ausland reisen durften; Frauen zwischen 18 und 25 Jahren brauchten die schriftliche Erlaubnis der Eltern, um das Land legal zu verlassen. So lag denn der Anteil der illegalen Auswanderung aus Spanien bei den weiblichen Arbeitsmigranten in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre mit ca. 62 Prozent doppelt so hoch wie bei den Männern mit ca. 36 Prozent.

Im dritten Abschnitt geht der Autor den Motiven für die illegale Auswanderung nach. Ein Grund lag in der Langsamkeit des spanischen Instituts für Auswanderung, das nicht nur in der Anlaufzeit des Anwerbevertrages, 1960, sondern auch noch 1964 bis zu einem halben Jahr brauchte, um das Gesuch eines Arbeiters zur Auswanderung nach Deutschland zu übermitteln. Die illegalen Wege über die namentliche Anforderung seitens deutscher Arbeitgeber und die Einreise mit Sichtvermerk der deutschen Konsulate oder die Einreise als Tourist drängten sich unter derartigen Rahmenbedingungen förmlich auf. Die Gründe der restriktiven und langwierigen Bearbeitung von Auswanderungsanträgen durch die spanischen Behörden sieht der Autor vor allem in einem soziokulturellen Wandlungsprozess, den andere mediterrane Länder mit hoher Abwanderung von Arbeitskräften in den 1960er-Jahren ebenfalls durchmachten: Es galt, sich von paternalistischen, auf wirtschaftliche Autarkie aufbauenden Vorstellungen zu lösen und eine liberale Haltung der eigenen Bevölkerung gegenüber einzunehmen. Die Attraktivität der illegalen Wege bestand sowohl für die deutschen Arbeitgeber als auch für die spanischen Arbeitnehmer in ihrer größeren Flexibilität hinsichtlich der Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses. Schließlich boten sich die illegalen Wege für alle diejenigen an, die von dem spanischen Auswanderungsinstitut oder der deutschen Anwerbekommission – also auf legalem Weg – aus gesundheitlichen oder anderen Gründen abgelehnt worden waren.

Das vierte Kapitel befasst sich mit den konkreten Wegen – legalen wie illegalen – der Zuwanderer nach Deutschland, besonders mit den illegalen Aktivitäten von Schleuserbanden. In diesem Kapitel lenkt der Autor sein Augenmerk erstmals stärker auf die von Migrationspolitik und Diplomatie Betroffenen, die Arbeitsmigranten, und verlässt etwas die staatstragende Perspektive. Auswanderungswillige Spanier zahlten hohe Summen an spanische oder deutsche Schlepperbanden, die sie illegal über die Grenzen brachten – und wurden häufig von deutschen Behörden wieder zurückgeschickt. So wie heute Schleuserbanden für viel Geld und unter hohem Risiko Afrikaner über das Mittelmeer nach Südeuropa bringen, so machten bereits in den 1960er-Jahren im Herzen Europas organisierte Menschenhändler ihre Geschäfte mit den Träumen von einem besseren Leben Tausender Auswanderungswilliger.

Im fünften Kapitel kommt der Autor zum Hauptanliegen seiner Untersuchung, der Wechselwirkung von Arbeitsmigration und Diplomatie. Es geht hier um die Versuche der spanischen Regierung, auf diplomatischer Ebene die deutschen Behörden zu einer restrikt-

tiveren Haltung gegenüber der – aus spanischer Sicht – illegalen Arbeitsmigration zu bewegen, besonders zur Aufgabe der Einreisemöglichkeit mittels Sichtvermerk. Waren vor dem Anwerbeabkommen vom März 1960 viele spanische Arbeiter mittels Visum nach Deutschland zur Arbeit gekommen, so erwartete das spanische Institut für Auswanderung, dass mit Hilfe des Anwerbeabkommens jede privat zwischen deutschem Arbeitgeber und spanischem Arbeitnehmer angebaute Arbeitsmigration in die Bundesrepublik nachvollzogen werden konnte. Zwar kam es im Zuge deutsch-spanischer Verhandlungen zu temporären Rückgängen bei der – aus spanischer Sicht – illegalen Zuwanderung spanischer Arbeiter nach Deutschland, doch blieben der zweite und dritte Weg – wie bereits gesagt – vielfach genutzte Möglichkeiten des Zugangs auf den deutschen Arbeitsmarkt. Alle Diplomatie hatte keine Chance auf dauerhaften Erfolg, weil das deutsche Interesse dem spanischen fundamental entgegenstand: Die deutsche Vorstellung vom Gastarbeiter als »Puffer« für den heimischen Arbeitsmarkt kalkulierte illegale Zuwanderung ein, da nur auf diese Weise qualifizierte Arbeitskräfte zur rechten Zeit und am rechten Ort zu gewinnen waren. Die deutsche Politik ging dabei von einer aktiven, selbstständigen Rolle der Privatwirtschaft aus, die sich die Kräfte, die sie brauchte, ohne staatliche Hilfe ins Land holte. Bundesanstalt für Arbeit und private Arbeitgeber zogen dabei am gleichen Strang. Letztlich standen auch bei der spanischen Politik die ökonomischen, arbeitsmarktpolitischen Interessen im Vordergrund: Der Weg über die deutschen Anwerbekommissionen in Spanien und das spanische Auswanderungsinstitut sollte den unkontrollierten Abzug von Arbeitskräften aus Spanien unterbinden.

Während der Autor die arbeitsmarktpolitischen Interessen der deutschen Seite klar herausarbeitet, fehlt eine ähnlich klare Analyse für das spanische Verhalten. Vielmehr schildert er auf dichter Quellengrundlage sehr detailliert die Bemühungen der spanischen Seite, die deutschen Behörden auf ihren Kurs der Arbeitsmigration festzulegen. Hier hätte sich eine Straffung der narrativen Passagen zugunsten stärkerer Analyse und Interpretation angeboten.

Das sechste Kapitel befasst sich mit dem Familiennachzug. Die deutsche, auf die Kleinfamilie fixierte Definition von Familie setzte sich durch, weil deutsche Behörden die Aufenthaltserlaubnis zu erteilen hatten. Angesichts gerade in den 1960er Jahren verschärfter Bedingungen für den Familiennachzug von ausländischen Arbeitnehmern nach Deutschland griffen spanische Zuwanderer zu allerlei Tricks. Auf Betreiben der spanischen Regierung setzte die gemischte deutsch-spanische Kommission im April 1967 eine Sonderregelung für spanische Arbeitnehmer durch, die den Familiennachzug bereits nach einem Jahr Aufenthalt in Deutschland ermöglichte – statt nach drei Jahren.

In seinem Schlusskapitel stellt der Autor die Migrationspolitik noch einmal in den größeren Zusammenhang der deutsch-spanischen Beziehungen. Der hohe Anteil illegaler Zuwanderer aus Spanien, der zeitweilig die 50 %-Marke erreichte, ist dem Autor zufolge gleichermaßen auf das vergebliche diplomatische Ringen der spanischen Regierung, die illegale Auswanderung in den Griff zu bekommen, zurückzuführen, wie auf das Geschick der spanischen Arbeitsmigranten, sich mittels privater Netzwerke und trickreicher Umgehung von Bestimmungen ihren Weg auf den deutschen Arbeitsmarkt zu bahnen.

Dabei kam ihnen ihre Funktion als »Puffer« auf dem deutschen Arbeitsmarkt entgegen. Der nach »Gastarbeitern« verlangende deutsche Arbeitsmarkt konnte sich bei der durchaus unterschiedlichen Interessenlage innerhalb der Bundesregierung fast immer durchsetzen. Hätte die Bundesregierung die gleichen Maßstäbe an Legalität der Zuwanderung angelegt wie die spanische, hätte sie dem heimischen Arbeitsmarkt die qualifizierten Arbeitskräfte vorenthalten, die das deutsche »Wirtschaftswunder« ermöglichten.

Der großen Koalition wirtschaftlicher Interessen aus illegalen spanischen Zuwanderern, deutschen Arbeitgebern und Bundesministerium für Arbeit und Soziales hatte die Diplomatie bzw. die spanische Seite, zu wenig entgegenzusetzen. Die Macht des Faktischen erwies sich den Normen gegenüber als überlegen.

Mit diesem sorgfältig herausgearbeiteten Befund leistet die Studie auch einen gewichtigen Beitrag zur deutschen Migrationsforschung.

*Elke Hauschildt, Koblenz – Hamburg*

Martin Morlock/Ulrich von Alemann/Thilo Streit (Hrsg.), Medienbeteiligungen politischer Parteien, (Schriften zum Parteienrecht Bd. 29), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2004, 168 S., 24,00 €.

Um die Jahrtausendwende setzte in zahlreichen Presse- und Fernsehberichten eine Debatte über das Vermögen der SPD, über ihre Immobilien und Unternehmensbeteiligungen ein. In die Kritik von Teilen der veröffentlichten Meinung geriet insbesondere der noch vorhandene, organisatorisch seit den 1970er Jahren in der »deutschen druck- und verlagsgesellschaft mbh« (dd\_vg.) zusammengefasste Bereich der parteieigenen Zeitungs-, Verlags- und Rundfunkbeteiligungen. Sicherlich nicht allein in zeitlichem Zusammenhang mit der heftigen öffentlichen Diskussion um den Spendenskandal um Altbundeskanzler Helmut Kohl wurde nun die Frage nach der Zulässigkeit des wirtschaftlichen Engagements politischer Parteien im Mediensektor aufgeworfen. Unmittelbar vor der Bundestagswahl im September 2002 veröffentlichte der CSU-Bundestagsabgeordnete Andreas Feser seine Darstellung über den »Genossen-Konzern«, in dem das Schreckensgemälde einer in weiten Teilen sozialdemokratisch dominierten Presselandschaft in der Bundesrepublik gezeichnet wurde.<sup>4</sup>

Die nun vorliegende Publikation dokumentiert eine maßgeblich von der dd\_vg. mitfinanzierte Veranstaltung des Instituts für Parteienforschung an der Universität Düsseldorf vom Oktober 2003. Der Band vermittelt einen differenzierten Einblick in den derzeitigen Stand der Debatte aus politikwissenschaftlicher, historischer, juristischer und nicht zuletzt parteipolitischer Perspektive.

Eingangs skizziert Friedhelm Boll die historische »Entwicklung der Medienbeteiligungen politischer Parteien am Beispiel der SPD« (S. 15–28). Die Entstehungsbedingungen des noch heute praktizierten Modells der Treuhänderschaft zur Verwaltung des parteieigenen Vermögens werden aus den geschichtlichen Rahmenbedingungen heraus erläutert.<sup>5</sup> Er vertritt die Auffassung, dass die Medienbeteiligungen der politischen Parteien in Deutschland, seien es SPD, Zentrum oder konservative Parteien, seit der Zeit des Kaiserreichs ein wichtiges Element der Stabilität des deutschen Parteienwesens bildete. Für die SPD glaubt er feststellen zu können, dass gerade die Führungskräfte der SPD, die ja meist Journalisten waren, durch den Rückhalt in der Parteipresse lange Zeit vor der Beeinflussung durch Großspender geschützt waren. Daran anschließend umreißt Margarete Schuler-Harms den tatsächlichen Umfang der von der dd\_vg. gehaltenen Medienbeteiligungen im Jahr 2003. (Aus heutiger Sicht wäre dieser um das zwischenzeitliche Engagement der Holding bei der *Frankfurter Rundschau* zu ergänzen). Dargestellt werden die Struktur der dd\_vg. sowie ihre jeweiligen Beteiligungen und die daraus sich ergebende Marktstellung im Presse- und Rundfunkbereich (S. 29–49). Dass von Schuler-Harms präsentierte Datenmaterial untermauert nachhaltig die These, dass die dd\_vg. mit ihren (zumeist indirekten) Medienbeteiligungen weder auf regionaler Ebene, geschweige denn bundesweit, eine Marktstellung erreicht, die die Transparenz parteipolitischer Willensbildung oder die Vielfalt des Informationsangebotes auch nur im Ansatz gefährden könnte. Ironischerweise ist die dd\_vg.

<sup>4</sup> *Andreas Feser*, Der Genossen-Konzern. Parteivermögen und Pressebeteiligung der SPD, München 2002.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu ausführlicher: *Friedhelm Boll*, Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Medien. Wirtschaftliche Dynamik und rechtliche Formen, Bonn 2002.

durch ihre Beteiligungen an der Madsack-Verlagsgruppe (20,44%) und dem Dresdener Druck- und Verlagshaus (40%) mit einer rechnerischen Auflagenstärke von 18,8% just in Sachsen so präsent wie in keinem anderen Bundesland. Gerade hier jedoch erzielte die SPD bei der Landtagswahl im September 2004 mit gerade einmal 9,7% der Stimmen ein verheerendes Ergebnis.

Die kartellrechtlichen Implikationen von Medienbeteiligungen politischer Parteien lotet Petra Pohlmann aus (S. 51–59) und konstatierte mögliche Gefahren im »Zusammentreffen von politischem Einfluss und publizistischem Einfluss« (S. 59). Mit den »Medienbeteiligungen politischer Parteien im Lichte des Rundfunkverfassungsgesetzes« setzt sich Hubertus Gersdorf auseinander (S. 69–75). Sein Fazit lautet, dass eine verfassungsrechtliche »Begrenzung der Beteiligung an dem privaten Rundfunk [...] geboten« sei, wohingegen ein »absolutes Beteiligungsverbot [...] mit dem Normziel der Rundfunkgarantie [...] unvereinbar« erscheine (S. 75). Hans Hugo Klein, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D., vertritt analog hierzu im Rahmen einer grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Analyse die Ansicht, dass Parteien im Rahmen ihrer Funktion als »Transformationsinstrument« der politischen Meinungsbildung das zentrale Recht genießen, auf die Willensbildung im Volk aktiv einzuwirken, dem Grundsatz nach auch mit Hilfe parteieigener Medienbeteiligungen (S. 77–90).

Wie weit die verfassungsrechtlichen Einschätzungen darüber, in welchem Umfang das wirtschaftliche Engagement von Parteien im Bereich der Printmedien, besonders aber auch an lokalen Radioanstalten als legitim anzusehen ist, gegenwärtig auseinanderklaffen, dokumentieren die Referate von Joachim Wieland einerseits (S. 103–113), und von Peter M. Huber (S. 113–128) andererseits. Uneinigkeit herrscht schon in der Frage, welche Rechten und Pflichten den Parteien im Rahmen des Art. 21 GG zuzuweisen sind.

Den Schlusspunkt der Tagung setzte eine Politiker-Runde, an der Stefan Grüll als medienpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Lothar Hegemann für die Landtagsfraktion der NRW-CDU, Dietmar Strehl, der Bundesschatzmeister von Bündnis90/Die Grünen sowie die Bundesschatzmeisterin der SPD, Inge Wettig-Danielmeier, teilnahmen (S. 140–166). Wenig überraschend ist, dass die politische Bewertung der sozialdemokratischen Medienbeteiligungen auch in dieser Runde außerordentlich kontrovers ausfiel. Stefan Grüll forderte die SPD zum Verkauf ihrer Medienbeteiligungen auf und führte hierfür die im politischen Meinungsstreit einschlägig bekannten Argumente an: Wirtschaftliche Beteiligungen von Parteien an Medien verträgen sich nicht mit deren Rolle als vierter Gewalt; auch könne die Chancengleichheit der Parteien im politischen Wettbewerb beeinträchtigt werden. Die, vorsichtig gesprochen, gedanklich sprunghaften Ausführungen des CDU-Vertreters schienen in dieselbe Richtung zu gehen. Dem gegenüber verwies Inge Wettig-Danielmeier auf die 140-jährige Tradition der sozialdemokratischen Medien und ihren Beitrag zur demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Deren »Marktanteile seien heute lächerlich gering«, der Vorwurf eines übermäßigen publizistischen Einflusses ginge weit an der Realität vorbei (S. 141). Vielmehr würden die noch vorhandenen sozialdemokratischen Beteiligungen an Presseunternehmen faktisch zur Vielfalt der Medienlandschaft beitragen. Auch Dietmar Strehl konnte am publizistischen Engagement der SPD nichts beanstandenswertes entdecken. Er forderte aber die Medienpolitiker aller Parteien zu einer Diskussion darüber auf, wie die Transparenz der Eigentumsverhältnisse an Printmedien generell verbessert werden könnte.

Insgesamt bietet der vorliegende Tagungsband einen facettenreichen Aufriss vornehmlich der politischen und juristischen Auseinandersetzungen um die Medienbeteiligungen politischer Parteien – auch wenn die Durchsicht der Beiträge einiger der parteipolitischen Experten zu pessimistischen Betrachtungen über die inhaltliche und selbst sprachliche Qualifizierung von Teilen des politischen Personals zumindest auf der Ebene der Landespolitik Anlass geben mag.

Nachdem verschiedene CDU-geführte Landesregierungen wiederholt den Versuch unternommen haben, durch Änderungen ihrer Privatrundfunkgesetze die *dd\_vg.* zum Rückzug aus diesem Bereich zu nötigen, bleibt mit Spannung abzuwarten, wie das Bundesverfassungsgericht die daraufhin angestrebte Normenkontrollklage der SPD-Bundestagsfraktion entscheiden wird. Aus sozialhistorischer und politikwissenschaftlicher Sicht ist zu wünschen, die Strukturentwicklungen und Funktionen des SPD-Unternehmensbereiches durch empirisch fundierte Forschungen künftig präziser als bisher nachzuzeichnen, um zu klären, worüber eigentlich gestritten wurde und gestritten wird.<sup>6</sup> Dazu freilich könnte auch die *dd\_vg.* einen Beitrag leisten, indem sie ihre noch vorhandenen umfangreichen Aktenbestände zum SPD-Unternehmensbereich für seriöse Forschungsprojekte öffnet.

*Rainer Fattmann, Bonn*

Marie-Luise Recker/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 12), Droste Verlag Düsseldorf.

Bd. I, Christian Handschell (Bearb.), Abgeordnete in Bund und Ländern. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1946–1990, Düsseldorf 2002, 526 S., Ln., 59,80 €.

Bd. II, Corinna Franz/Oliver Gnad (Bearb.), CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005, 876 S., Ln., 99,80 €.

Bd. III, Oliver Gnad/Daniela Gniss/Marion Hausmann/Carl-Wilhelm Reibel (Bearb.), FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005, 718 S., Ln., 84,80 €.

Bd. IV, Josef Boyer/Till Kössler (Bearb.), SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005, 1053 S., Ln., 118,00 €.

Bei diesem rund 3200-seitigen Werk (Zitierweise: HSPP) handelt es sich um eine kommentierte Datensammlung zur Entwicklung und Sozialstruktur der Mitgliedschaften der Parlamentsparteien und ihrer Abgeordneten im Bund und in den Ländern Westdeutschlands für den Zeitraum von 1945 bis zur deutschen Einheit. Der erste, bereits 2002 erschienene, Teilband behandelt die Fraktionen (bzw. Abgeordnetengruppen) und ihre soziale Zusammensetzung im Bundestag und in den einzelnen Landesparlamenten. Ausgewiesen sind (absolut und prozentual) für jede Legislaturperiode und für jede einzelne Partei die Fraktionsstärke, die Neuparlamentarier, die Dauer der Parlamentszugehörigkeit und schließlich frühere Mitgliedschaften von Bundestagsabgeordneten in Landesparlamenten, weiterhin die Zusammensetzung der Fraktionen nach Geschlecht, Alter, erlerntem Beruf und Bildungsabschluss. Auf der Grundlage der amtlichen Parlamentshandbücher und einer Vielzahl von weiteren Quellen entstand eine Datenbank über 8901 Mandatsträger, die der Öffentlichkeit für weitere Analysen zur Verfügung steht (HSPP I: 62, Anm. 123). Die übrigen drei, 2005 publizierten Teilbände befassen sich mit der Mitgliederentwicklung und -struktur der Parlamentsparteien. Anders als im ersten Teilband werden nicht alle Parlamentsparteien berücksichtigt, sondern nur solche, denen die Autoren eine »konstitutive Bedeutung für die politische Ordnung bzw. das Parteiensystem« (HSPP I:

<sup>6</sup> Vgl. hierzu: *Karsten Rudolph/Ursula Bitzegeio/Rainer Fattmann/Jens Scholten*, Die unternehmerische Tätigkeit der Arbeiterbewegung als neues Forschungsfeld, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 28 (2003), S. 275–294.

5) beimesen. Es handelt sich um die CDU und CSU (HSPP II), die FDP, die Deutsche Partei (DP), den BHE, die Deutsche Zentrumspartei (DZP), die Bayernpartei (BP), die Sozialistische Reichspartei (SRP), die Deutsche Reichspartei (DRP) und die NPD (HSPP III) sowie um die SPD, die KPD, die DKP, die SEW und um DIE GRÜNEN (HSPP IV).

Die tabellarische Aufbereitung der Mitgliederdaten erfolgt nach einem einheitlichen Gliederungsschema. Es enthält vier Hauptgruppen (Mitglieder, Neumitglieder, ausgeschiedene Mitglieder, Funktionäre) mit weithin übereinstimmenden Kategorien für die jeweils darunter liegenden Ordnungsebenen. Hinsichtlich der Mitglieder wird zunächst zwischen dem Mitgliederstand, den sozialen Merkmalen der Mitglieder und ihren Mitgliedschaften in parteiinternen Vereinigungen bzw. in Gewerkschaften unterschieden. Das Gliederungsschema umfasst folgende soziale Merkmale: Geschlecht, Alter, Konfession, Familienstand, berufliche Stellung, Berufe, Dauer der Parteimitgliedschaft, Vita 1933–1945, Vertriebene bzw. Flüchtlinge, Ausländer. Dass dieses Schema nicht für alle Parteien, nicht für alle Berichtsjahre und nicht für alle Landesverbände mit Daten aufgefüllt werden konnte, versteht sich von selbst. »Vollständige Zahlenreihen sind also eher die Ausnahme denn die Regel« (HSPP I: 8). Allein für die SPD und die KPD bietet das Handbuch Daten zu allen vier Hauptgruppen, wobei allerdings die Datendichte für die KPD wesentlich geringer ist als für die SPD. Die Beiträge über die DKP und die SEW enthalten nur Informationen über Mitglieder und Funktionäre. Für die CDU liegen Angaben über Mitglieder, Neumitglieder und ausgeschiedene Mitglieder vor, für die CSU nur über Mitglieder. Die FDP-Tabellen beziehen sich auf Mitglieder und Neumitglieder. DIE GRÜNEN sind nur mit Informationen über die Mitglieder vertreten, Daten über die Neumitglieder und über ausgeschiedene Mitglieder waren allein für die Berliner Alternative Liste (AL) verfügbar. Auf einige kleinere Parteien (DP, BHE, DZP, BP, SRP, DRP, NPD) war das Gliederungsschema überhaupt nicht anwendbar, weil nur wenige Daten ermittelt werden konnten.

Das Gliederungsschema lässt den enormen Arbeitsaufwand allenfalls erahnen, der auf die Recherche der benötigten Informationen, auf die Überprüfung ihrer Verlässlichkeit und auf die Aufklärung von Widersprüchen in den verschiedenen Quellen verwendet wurde. Hinzu kommt die Bewältigung von Problemen, die sich daraus ergeben, dass die Parteien ihre Statistiken nicht nach einheitlichen Kriterien anfertigen: Um die Vergleichbarkeit der Daten (vor allem in regionaler und sozialstruktureller Hinsicht) zu gewährleisten, mussten Umrechnungen durchgeführt und Konkordanzübersichten bereitgestellt werden. All dies ist akribisch in einem ausführlichen Anmerkungsapparat dokumentiert.

Alle vier Bände sind mit umfassenden Textteilen versehen, die die Anlage des Gesamtwerks und die editorischen Grundlagen erläutern. Die Teilbände II bis IV enthalten überdies zu jeder der behandelten Parteien ein Einführungskapitel. Diese Einführungskapitel fallen allerdings inhaltlich recht unterschiedlich aus. In den Teilbänden II und III sind sie einheitlich in drei Abschnitte unterteilt: Forschungsstand und historische Entwicklung, Parteistruktur und Mitgliederverwaltung, Quellen und Literatur. Im vierten Teilband lauten die Unterkapitel: Inhalt, Einleitung, Quellen und Literatur. Die Einführungskapitel zur CDU, CSU, FDP und SPD, zur KPD, DKP, SEW und zu den GRÜNEN sind weithin deskriptiv gehalten. Sie beschränken sich auf Angaben zur Literatur- und Quellenlage sowie zur formalen Parteistruktur, zur Mitgliedschaft, Mitgliederentwicklung und Mitgliederverwaltung, konzentrieren sich also auf den Gegenstand des Handbuchs. In den Einführungskapiteln zur CDU, CSU, FDP und KPD (nicht aber zur SPD und zu den GRÜNEN) finden sich überdies mehr oder weniger kurze historische Abrisse der Parteigeschichte, die für das Verständnis der organisationssoziologischen Ausführungen sehr hilfreich sein dürften. Die Einführungskapitel zu den großen Parteien enthalten allerdings keine Aussagen über sozialstrukturelle Entwicklungstrends, die sich aus der überwältigenden, unüberschaubaren Tabellenvielfalt ergeben, die Hunderte Seiten füllen. Das Handbuch folgt weithin dem klassischen statistischen Selbstverständnis, indem es Daten kommentiert

aber nicht interpretiert. Das schränkt den Benutzerkreis empfindlich ein, ist aber beabsichtigt: »Hauptanliegen dieses Handbuchs war die gewissenhafte Sicherung eines zuverlässigen Datengerüsts als Ausgangspunkt jeder weiteren Parteienforschung. [...] Die Publikation zielt in erster Linie darauf ab, kommenden Forschungsprojekten ein solides Datenfundament zu bereiten« (HSPP I: 7).

Bei den kleineren »bürgerlichen« und den (extrem) rechten Parteien fällt schon rein optisch auf, dass die Länge der Einführungskapitel in keinem vernünftigen Verhältnis zu den ermittelten Statistiken steht. Der Teil über die DP enthält beispielsweise 40 Textseiten und vier Tabellenseiten, der über die SRP über 100 Textseiten und zehn Tabellenseiten. (Zum Vergleich: Bei der SPD beträgt der Textteil weniger als 100 Seiten, der Tabellenteil 600 Seiten.) Unter den Tabellen finden sich auch noch Zufallsfunde, wie etwa »Familienstand der SRP-Mitglieder im Kreisverband Uelzen, April 1950« (HSPP III: 467). Inhaltlich handelt es sich bei den Einführungskapiteln zu diesen Parteien zumeist nicht nur um organisationspolitische bzw. organisationssoziologische Hinführungen auf die folgenden Tabellenteile, sondern um Gesamtdarstellungen, die eine Fülle von (oft längst bekannten) Details enthalten, die kaum einen Beitrag zur Kommentierung der Statistiktteile leisten. Überdies wird in den Einführungskapiteln bisweilen die Neigung erkennbar, bisherige Forschungsergebnisse abzuwerten (offenbar um dem eigenen Beitrag besonderes Gewicht zu verleihen). Im SRP-Text heißt es beispielsweise: »Hier kommt die Untersuchung zu Ergebnissen, die teilweise im Widerspruch zu denen Schmollingers stehen. Schmollinger wies zwar völlig zurecht darauf hin, dass die Wahlerfolge der SRP in den Stadtkreisen geringer als auf dem Lande waren, versäumt es jedoch, diesem Befund die Mitgliederquoten in Stadt und Land gegenüberzustellen« (HSPP III: 420). Abgesehen davon, dass es kein Versäumnis der Wahlforschung darstellt, wenn Mitgliederzahlen nicht berücksichtigt werden (das ist sogar unüblich), findet sich in dem SRP-Text, insoweit es sich auf die Wahlergebnisse der SRP bezieht, nicht eine einzige Aussage, die der Wahlanalyse von Schmollinger widerspricht. Im BHE-Text – um ein anderes Beispiel zu nennen – wird heftig an den Mitgliederzahlen »herumgemäkelt«, die Franz Neumann in seiner BHE-Studie von 1968 (die unter Parteienforschern als Klassiker gilt) mitteilt. Neumann hat die Mitgliederentwicklung zwischen 1953 und 1960 auf Bundes- und Landesebene teilweise durch indirekte Verfahren, teilweise auch nur durch Schätzungen ermittelt und verweist selbst darauf, dass die Daten nur »mit Vorbehalt« zu behandeln sind. In Ermangelung gesicherter Informationen wird in der Literatur seither auf die Angaben von Neumann zurückgegriffen, die zwar nicht als »hart«, gemeinhin aber als plausibel gelten. Der BHE-Text im Statistik-Handbuch dramatisiert die bekannte Schwäche mit Aussagen wie: »problematischer Charakter der Daten«, diese weisen »eine Reihe von Mängeln« auf, »dürfen [...] keineswegs unkommentiert stehen bleiben«, können »auf keinen Fall [...] als »harte« Daten angesehen werden« (HSPP III: 252–263). Gleichfalls wird jedoch die Tabelle von Neumann (nur bis 1959) ohne Korrekturen oder Ergänzungen übernommen.

In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass die Ermittlung von präzisen Mitgliederzahlen insbesondere – aber nicht nur – bei Kleinparteien außerordentlich schwierig ist. Oft verfügen die Mitgliederverwaltungen der Parteien selbst nicht über verlässliche Zahlen. Die Probleme und ihre Ursachen werden in dem Handbuch in vielen Textteilen und Tabellenanmerkungen ausführlich dargestellt. In den parteiamtlichen Quellen gerade von Kleinparteien finden sich oft lückenhafte und sogar widersprüchliche Angaben. Vor allem in der Frühzeit der Bundesrepublik war das parteiinterne Meldewesen generell recht unzuverlässig. Und nicht nur kleine Parteien neigten dazu, ihre Mitgliederstärke durch überhöhte Zahlen zu schönen. Mit der Einführung von zentralen Mitgliederkarteien bei den großen Parteien verbesserte sich die Situation, aber selbst computergestützte Mitgliederverwaltungen geben heute nicht unbedingt den exakten Mitgliederbestand wider. Mitgliederangaben für kleine Parteien sind jedenfalls durchgängig mit Vorsicht zu interpretieren.

Daher mutet die Kritik der Handbuchautoren an Mitgliederzahlen, die in der wissenschaftlichen Literatur mitgeteilt werden, gelegentlich oberlehrerhaft an. Beispielsweise stützt sich Hermann Meyn in seinem Standardwerk über die DP auf parteiinterne Quellen, wenn er Mitgliederzahlen nennt. Im Handbuch liest man dazu: »Bei den Angaben Meyns handelt es sich hauptsächlich um »geglättete« Mitgliederbestände, also um Annäherungswerte, die nicht den exakten Mitgliederbeständen entsprachen« (HSPP II: 211). In den Anmerkungen zu den im Handbuch abgedruckten DP-Tabellen finden sich allerdings häufig Hinweise darauf, dass unterschiedliche Quellen unterschiedliche Zahlenangaben enthalten. Es kann nicht entschieden werden, ob die von Meyn oder die im Handbuch verwendeten Quellen »exakter« sind, weil sie nicht vorliegen. Bei Meyn erfährt man wenigstens, dass er sich auf einen Bericht der Bundesgeschäftsführung der DP oder auf ein Protokoll der Direktoriumssitzung der DP beruft. Die Quellenangaben im Handbuch beziehen sich nur auf die Fundstellen, nicht aber auf die speziellen Dokumente. Im Übrigen weichen »geglättete« (gerundete) Zahlen nicht notwendigerweise stärker von der Wirklichkeit ab als (vermeintlich) »exakte«, von den Kreis- oder Landesverbänden bis auf die Einerstelle genau in die Welt gesetzte Angaben.

Das in dem NPD-Beitrag gewählte Verfahren scheint vernünftiger zu sein. Dort finden sich in Ermangelung der wahren Zahlen für die Bundes- und die Landesebene nach unterschiedlichen Methoden gewonnene Mitgliederangaben: nach den ausgegebenen Mitgliedsnummern, nach der relativen Stärke der Beitragsanteile der Landesverbände, nach Angaben der Verfassungsschutzämter und schließlich nach der mit den Verfassungsschutzzahlen gewichteten relativen Mitgliederstärke der Landesverbände aufgrund der Beitragsanteile. Das so entstandene, komplexe Gesamtbild bietet dennoch hochinteressante Einsichten in die regionale Verankerung der NPD und die diesbezüglichen Veränderungen im Zeitverlauf.

Besondere Erwähnung verdient schließlich der Teil über die KPD, DKP und SED, weil dafür Materialien aus dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED ausgewertet werden konnten, die früher nicht zur Verfügung standen. Dieser Beitrag bietet mithin neue und hochinteressante Einsichten in die Organisation und Binnenstruktur vor allem der KPD und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Parteienforschung, der weit über mitgliederstatistische Aspekte hinausreicht.

Fazit: Mit diesem Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien verfügt die Forschung über einen enormen, schier überwältigenden Datenfundus, den Generationen von Wissenschaftlern abarbeiten können. Das Handbuch schließt eine empfindliche Lücke und wird sich als wichtiges Hilfsmittel für künftige parteiensoziologische Analysen erweisen. Dass ein fundamentales und zugleich innovatives Standardwerk Inkonsistenzen aufweist und nicht frei von Eitelkeiten seiner Verfasser ist, liegt in der Natur eines ebenso anspruchsvollen wie ertragreichen Projekts. Entscheidend ist, dass das *opus magnum* nicht nur statistische Daten zur gesellschaftlichen Verankerung von Parteien liefert, sondern zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zur Organisations- und Sozialstrukturanalyse politischer Parteien leistet.

*Richard Stöss, Berlin*

Hans-Jörg Gilomen/Margit Müller/Béatrice Veyrassat (Hrsg.), Globalisierung – Chancen und Risiken. Die Schweiz in der Weltwirtschaft 18.–20. Jahrhundert, Chronos, Zürich 2003, 398 S., kart., 38,80 €.

Die Geschichtswissenschaft hat das Thema »Globalisierung« seit geraumer Zeit für sich entdeckt, auch wenn Uneinigkeit darüber besteht, wie die »penetranteste Zeitgeistvokabel der Jahrhundertwende« (Jürgen Osterhammel) in ein brauchbares historisch-analytisches



Konzept überführt werden kann. Obgleich die Frage nach Beginn, Phasen und Periodisierungen umstritten ist, hat sich in der empirischen Forschung bereits ein deutlicher Schwerpunkt herausgebildet. Er umfasst die Zeit zwischen etwa 1850 und 1914, welche vielfach als »erste Globalisierung« bezeichnet wird. Der vorliegende Sammelband, der auf die Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Mai 2002 zurückgeht, bricht diese zeitliche Begrenzung auf und nimmt Entwicklungen der vergangenen 300 Jahre in den Blick. Es werden vorwiegend »Globalisierungsschübe[n] und -krisen« (S. 10) betrachtet, also solche Perioden, in denen die Expansion oder Kontraktion weltwirtschaftlicher Verflechtung besonders ausgeprägt war. Dass dabei vor allem die Folgen der Globalisierung für die Schweiz im Mittelpunkt stehen, ist keineswegs ein Nachteil, sondern hilft, jene Beliebigkeit und Heterogenität zu vermeiden, die Sammelbände leider allzu oft charakterisieren.

Als kleines Land war die Schweiz seit jeher stärker in die internationale Arbeitsteilung eingebunden als etwa Frankreich oder Deutschland. Der kleine Binnenmarkt und die protektionistische Handelspolitik der kontinentaleuropäischen Staaten zwangen Händler aus der Schweiz frühzeitig, auf die außereuropäischen Märkte auszuweichen. Vor allem im Bankgewerbe sowie in bestimmten, hochspezialisierten Industriesparten wie der Uhren-, der Pharma- und der Ernährungsindustrie erlangten Schweizer Firmen bereits im 19. Jahrhundert eine internationale Führungsposition. Allerdings war das »miracle Suisse«, wie Thomas David in seinem Beitrag betont, mit hohen Anpassungskosten und Verteilungskonflikten verbunden, die sich im 19. Jahrhundert insbesondere in der Landwirtschaft manifestierten.

Mit dem Ersten Weltkrieg zerbrach die internationale Ordnung des 19. Jahrhunderts und der Welthandel geriet in einen Abwärtsstrudel, aus dem er sich für Jahrzehnte nicht befreien konnte. Allerdings wäre es falsch, das Zeitalter der Weltkriege lediglich als eine Phase der De-Globalisierung zu bezeichnen, wie sich am Beispiel der Schweiz besonders gut zeigen lässt. Zwar hat es auch in diesem Land Tendenzen gegeben, den heimischen Markt vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen, wie Christian Koller in seinem lehrreichen Beitrag über die Uhrenindustrie zeigt. Auf der anderen Seite verstärkten viele Schweizer Unternehmen ihr Engagement im Ausland – das galt für den Bankensektor, der sich nun zunehmend von Europa nach Nordamerika orientierte ebenso wie für bestimmte Industriebranchen. So demonstriert Martin Lüpold am Beispiel von Nestlé, dass Multinationalisierung eine wichtige Unternehmensstrategie war, um die Einbrüche auf den europäischen Absatzmärkten zu kompensieren. Die Aufspaltung des Konzerns in zwei Hauptsitze (Schweiz und USA) wurde nach 1945 zwar wieder rückgängig gemacht, die ausländischen Gesellschaften des Unternehmens jedoch beibehalten. Diese Beispiele zeigen, dass Globalisierung alles andere als ein kontinuierlicher Prozess war, sondern dass weltwirtschaftliche Integration und Desintegration vielfach parallel verliefen.

Die Stärke des Bandes liegt darin, dass neben den wirtschaftlichen Aspekten auch die gesellschaftlichen Debatten und kulturellen Wahrnehmungen von Globalisierung thematisiert werden. Niklaus Röthlins Zeitungsanalyse geht der Frage nach, welche Informationen Schweizer Kaufleute im 18. Jahrhundert über internationale Handelsentwicklungen besaßen, während Madeleine Herren deutsche Lexika und Enzyklopädien auswertet, in denen außereuropäische Themen einen erstaunlich großen Raum einnehmen. Herrns Begriff der »epistemologischen Globalisierung« verweist auf die zentrale Bedeutung von Wissen und Informationen, die nicht nur für wirtschaftliche Akteure relevant sind.

Die aktuellen Globalisierungsdiskurse nehmen Tamara Münger und Tobias Straubhaar in den Blick. Während Münger zeigt, dass dieses Phänomen in den Medien eher oberflächlich und meist vor dem Hintergrund politischer Auseinandersetzungen (GATT/WTO- und G7/8-Treffen) thematisiert wurde, stellt Straubhaar die Konjunktur der Globalisierungsdebatte als Folge der Wachstumsschwäche der Schweiz in den 1990er Jahren dar, die mit

herkömmlichen Theorien nicht zu erklären war. Dass »Globalisierung« zu einem ubiquitären, aus der aktuellen Debatte nicht mehr wegzudenkenden Begriff avancierte, hängt offensichtlich auch mit dem Versagen bestehender Erklärungsmuster zusammen. Der von Margit Müller umsichtig eingeleitete Sammelband eröffnet daher neue Perspektiven auf die Geschichte der Globalisierung, die nicht nur für die Schweiz Relevanz besitzen.

*Alexander Nützenadel, Frankfurt/Oder*